

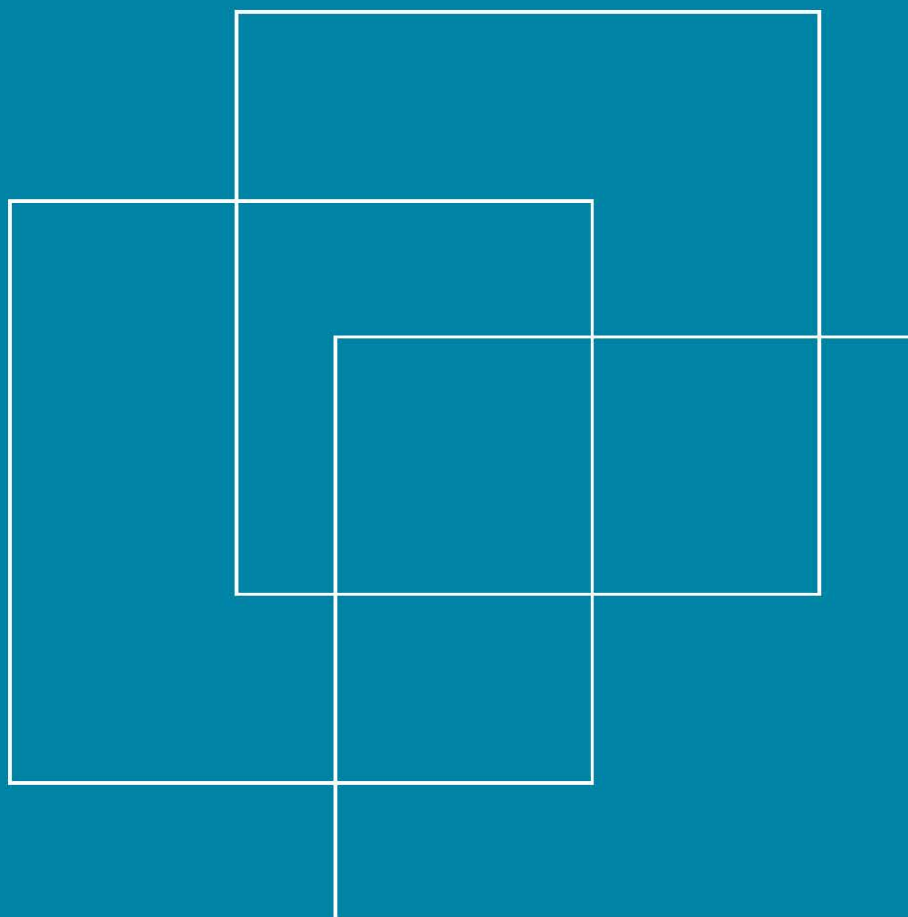


Internationales
Arbeitsamt

Genf

BERICHT DES GENERALDIREKTORS
BEILAGE

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete



INTERNATIONALE ARBEITSKONFERENZ
106. TAGUNG 2017

Internationale Arbeitskonferenz, 106. Tagung, 2017

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Internationales Arbeitsamt, Genf

ISBN 978-92-2-730555-6 (print)
ISBN 978-92-2-730556-3 (web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2017

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen und digitale Produkte des IAA können bei größeren Buchhandlungen und über digitale Vertriebsplattformen bezogen oder direkt bei ilo@turpin-distribution.com bestellt werden. Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website: www.ilo.org/publns oder kontaktieren Sie ilopubs@ilo.org.

Vorwort

Entsprechend dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich in diesem Jahr erneut eine Mission entsandt, um einen Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete auszuarbeiten. Die Mission besuchte das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, und Gaza, Israel und den besetzten syrischen Golan. Der Leiter der Mission traf in Kairo mit dem Generaldirektor der Arabischen Arbeitsorganisation und Vertretern der Liga arabischer Staaten zusammen.

Die Mission führte ausführliche Gespräche mit Vertretern der Palästinensischen Behörde, der Regierung Israels sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden im Besetzten palästinensischen Gebiet und in Israel, mit syrischen Bürgern im besetzten syrischen Golan und Vertretern der Vereinten Nationen sowie von anderen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen und mit Fokusgruppen palästinensischer Arbeitnehmer. Sie alle lieferten Informationen, die in die Ausarbeitung dieses Berichts eingeflossen sind. Die Mission unternahm auch eine Reihe von Besuchen vor Ort.

Ich bin sehr dankbar für die der Mission von allen Gesprächspartnern gewährte Kooperation, die erneut deutlich machte, dass die Werte der Internationalen Arbeitsorganisation und ihre kontinuierliche Arbeit mit allen ihren Mitgliedsgruppen breite Unterstützung finden. Die Mission hat ihre Tätigkeit wie immer mit dem Ziel durchgeführt, eine umfassende, genaue und unparteiische Beurteilung der Situation der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen.

In dieses Jahr fällt der 50. Jahrestag der israelischen Besatzung. Die zweite Generation, die unter der Besatzung geboren wurde, erreicht jetzt das Erwachsenenalter. Die Besatzung hat sich immer weiter verfestigt, insbesondere durch den Ausbau israelischer Siedlungen in den Gebieten jenseits der Grenzen von 1967. Wiederholte Bemühungen, eine Verhandlungslösung zu finden, sind gescheitert. In den fünf Jahrzehnten der Besatzung lösten gewaltsame Konflikte und Schritte zu ihrer Beilegung auf dem Verhandlungsweg einander ab. Für etwa die Hälfte dieser Zeit diente das Abkommen von Oslo als Wegweiser zu einer Zwei-Staaten-Lösung. Diese scheint jetzt jedoch weiter entfernt und stärker bedroht als je zuvor, seit sich die direkten Verhandlungspartner und die internationale Gemeinschaft darauf als Ziel verständigt hatten. Keine akzeptablen Alternativszenarien wurden vorgelegt und derzeit scheint der Prozess ausgesetzt zu sein. Alle warten nervös darauf, dass etwas geschieht. Leider bietet die Geschichte keinen Anlass zur Hoffnung, dass aus solcher Ungewissheit und dem Mangel an Friedensinitiativen irgendetwas Gutes erwachsen könnte.

Ein wenig neue Hoffnung keimte im Dezember letzten Jahres auf, als der UN-Sicherheitsrat eine Resolution annahm, in der das Ende der israelischen Siedlungen im Besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, gefordert wurde. Wie jedoch so oft zuvor musste diese Hoffnung bald wieder aufgegeben werden. Es wurden keine konkreten Schritte unternommen, um der Resolution Taten folgen zu lassen. Einige Wochen später wurden die weitere Ausdehnung der israelischen Siedlungsaktivität und die Errichtung von noch mehr Wohneinheiten auf dem besetzten Grund und Boden angekündigt. Folglich ist die Alltagswirklichkeit palästinensischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mer und ihrer Familien wie zuvor weiterhin von der Vielzahl der Hindernisse geprägt, die sich unmittelbar aus der Besatzung ergeben. Im Westjordanland haben die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und der wirtschaftlichen Aktivität sowie der alle anderen Aspekte überschattende Siedlungsbau den Arbeitsmarkt fragmentiert und die Entwicklung einer lebensfähigen und dynamischen palästinensischen Wirtschaft behindert. Das Gebiet C, das den größten Teil des besetzten Westjordanlands umfasst, ist für palästinensische Unternehmer und Arbeitnehmer kaum zugänglich. Eine Vielzahl von Kontrollstellen und Absperungen beschränkt weiterhin gravierend die Arbeitsmarktmobilität.

Die Palästinensische Behörde hat in den letzten Monaten eine Reihe wichtiger politischer Initiativen ergriffen, vor allem die Vorlage der Nationalen Politikagenda für den Zeitraum von 2017-22; ihre Wirkung vor Ort bleibt jedoch abzuwarten. Das größte Problem bei allen Anstrengungen zur Stärkung des palästinensischen Arbeitsmarkts ist die Kontrolle, die die Besatzungsmacht über die palästinensischen Grenzen und den Zugang zu Land, Wasser und natürlichen Ressourcen ausübt. Die Möglichkeiten, in den besetzten Gebieten zu arbeiten, Landwirtschaft zu betreiben, zu produzieren und Arbeitsplätze zu schaffen, sind nach wie vor außerordentlich stark beschränkt.

Im Westjordanland und in Gaza wird Wirtschaftswachstum verzeichnet, aber es bleibt weiter hinter seinem Potenzial zurück. Es reicht nicht aus, um die Existenzgrundlagen zu verbessern, und es resultiert kaum in mehr Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit bleibt allgegenwärtig, höher als in jedem anderen Land im Nahen Osten und Nordafrika und mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt in der Region. Jugendliche und Frauen sind am stärksten betroffen: Zwei von fünf jungen Angehörigen der Erwerbsbevölkerung sind arbeitslos und bei Frauen ist die Arbeitslosigkeit sogar noch höher.

Für die nahezu zwei Millionen in Gaza lebenden Palästinenser hat die Situation einen Punkt erreicht, den gesunder Menschenverstand als unhaltbar ansehen würde. Gaza bleibt zu Lande, zur See und in der Luft abgeriegelt. Die messbare Arbeitslosigkeit liegt weiterhin bei deutlich über 40 Prozent. Unter den wirtschaftlich aktiven Jugendlichen bilden die Arbeitslosen die Mehrheit und fast alle Hochschulabsolventen sind arbeitslos. Solche Aussagen können die verzweifelte Lage sehr vieler Haushalte in Gaza jedoch nur schlecht wiedergeben. Die gesamtwirtschaftliche Lage und die Arbeitsmarktsituation sind erdrückend. Die Bewohner von Gaza können nirgendwohin umziehen, um Arbeit zu finden. Ökonomen beschreiben die Situation in Gaza korrekt als einen Fall von „Zurückentwicklung“ (*de-development*).

Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass eine zunehmende Zahl von Palästinensern im Westjordanland Arbeit in Israel sucht und dies de facto als Hauptansatz für die Lösung ihrer Probleme ansieht. Etwa ein Viertel des Gesamtlohnverdienstes von Palästinensern aus dem Westjordanland stammt aus Beschäftigung in Israel oder in den Siedlungen. Die Löhne in Israel sind doppelt so hoch wie im Westjordanland. Viele Arbeitnehmer leiden jedoch unter Entbehrungen und Ausbeutung, insbesondere durch skrupellose Vermittler, die unverhältnismäßig und in manchen Fällen sogar missbräuchlich hohe Gewinne einstreichen, wenn sie palästinensische Arbeitsuchende mit israelischen Arbeitgebern zusammenbringen. Der Bericht der Mission enthält eklatante Beispiele für den überproportionalen Anteil von Verdiensten, die die Vermittler abschöpfen. Die vom Vermittler erhobene Gebühr kann in manchen Fällen den palästinensischen Mindestlohn überschreiten. Ein beträchtlicher Teil des Geldes, das zur Vergütung geleisteter Arbeit dienen sollte, verschwindet auf diese Weise in den Taschen von Vermittlern, was nicht nur den palästinensischen Arbeitnehmern selbst schadet, sondern auch einer gesunden Wirtschaft sowohl in Israel als auch im Westjordanland entgegensteht.

Die Mission erhielt wichtige Informationen zu der Frage, wie die israelischen Behörden jetzt mit einigen dieser dringenden Probleme umgehen. Sie beabsichtigen, das Geneh-

migungssystem zu reformieren und die Lohnzahlungssysteme zu verbessern. Wenn solche Maßnahmen rasch durchgeführt werden, werden palästinensische Arbeitnehmer weniger anfällig für Ausbeutung sein, die Arbeitsbedingungen werden sich verbessern und der Verdienst nach Abzug von Gebühren wird steigen. Kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen israelischen und palästinensischen Gewerkschaften ist ein weiterer wichtiger Weg, um die wirtschaftliche und berufliche Sicherheit palästinensischer Arbeitnehmer zu verbessern. Ein verbessertes Genehmigungssystem wird israelischen Arbeitgebern auch mehr Gewissheit geben, dass sie die palästinensischen Arbeitnehmer beschäftigen können, deren Beitrag in gewissen Sektoren wie dem Baugewerbe wichtig für sie ist.

Zumindest belegen diese Überlegungen ein wachsendes Verständnis der miteinander verflochtenen Arbeitsmarktrealitäten in Israel und den besetzten arabischen Gebieten. Arbeit für Palästinenser in der israelischen Wirtschaft bietet eine gewisse Verbesserung. Unter den derzeitigen Umständen trägt sie jedoch kaum dazu bei, die Funktionsweise eines palästinensischen Arbeitsmarktes nachhaltig zu verbessern. Eine Zwei-Staaten-Lösung impliziert die Koexistenz von zwei Arbeitsmärkten nebeneinander mit geordneten Mechanismen für ihre Interaktion. In einem solchen Fall wäre palästinensische Arbeit in Israel kein Ersatz für den Mangel an Arbeitsmöglichkeiten. Außerdem gilt: Wenngleich diese politischen Initiativen begrüßt werden, müssen die Behörden ergänzend zu den von ihnen ergriffenen Maßnahmen dringend die oft erniedrigenden Umstände an den Übergängen abstellen, die durch lange Warte- und Fahrzeiten entstehen. Eines der Ziele der Vereinbarungen von Oslo war die Etablierung gut funktionierender Arbeitsmärkte für sowohl Israel als auch die Palästinenser. Dies bleibt wenig mehr als eine ferne Hoffnung.

Die „Oslo-Generation“, das heißt alle nach dem Abkommen von 1993 Geborenen, macht jetzt die Mehrheit der Palästinenser aus. Ihre Beschäftigungssituation und ihre Arbeitsmarktaussichten sind zunehmend düster. Wie wir in der Vergangenheit und an anderen Orten gesehen haben, kann Frustration unter Jugendlichen ganz schnell in Radikalisierung und Gewalt umschlagen. Selbst wenn derzeit weniger Konfrontation und Gewalt herrschen als in früheren Jahren, sind die latenten Spannungen allgegenwärtig und die kontinuierliche verbale Auseinandersetzung droht, den Abstand zwischen Worten bzw. Drohgebärden und konkretem Handeln kleiner werden zu lassen, was meist weitere gewaltsame Konsequenzen hat. Wieder einmal kann der Zyklus der Gewalt jederzeit neu beginnen und eskalieren.

Unabhängig von den vorrangigen Verantwortlichkeiten der unmittelbaren Konfliktparteien kann der Rest der Welt es sich nicht leisten, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten. Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft und Unterstützung von ihrer Seite waren wichtig sowohl für die Form des Konflikts und seiner Ungleichgewichte als auch für die Versuche, gerechte Lösungen dafür zu finden. Der Friedensprozess, der praktisch zum Stillstand gekommen ist, muss mit dem Ziel wiederbelebt werden, eine Zwei-Staaten-Lösung zu verwirklichen. Ihre Architektur und ihre Grundlagen werden gerade in Frage gestellt und es muss dringend gehandelt werden, solange das Fundament, das in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffen wurden, noch intakt ist und nicht jeglicher Austausch zwischen Israel und der palästinensischen Behörde abgebrochen ist. Die Verantwortung für dauerhaften Frieden tragen die direkt Betroffenen, also die Palästinenser und Israel. Um ihn zu erreichen, müssen die internationale Gemeinschaft und ihre multilateralen Institutionen in den Prozess eingebunden werden. Als wichtige Eckpfeiler dieser Bemühungen müssen soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit weiter gefördert und angewendet werden.

Mai 2017

Guy Ryder
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Zunehmende Ungewissheit und schwindende Hoffnung	3
2. Wirtschafts- und Arbeitsmarkttrends spiegeln große Entwicklungshemmnisse wider.....	8
3. Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der Besatzung	20
4. Steuerung und Aufbau von Institutionen.....	28
5. Neuausrichtung im besetzten syrischen Golan.....	35
Abschließende Bemerkungen.....	37
Quellennachweis	39
Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner	43

Einleitung

1. Im Einklang mit der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut eine Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen. Wie in den vergangenen Jahren bemühte sich die Mission darum, Informationen über die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ost-Jerusalems, und Gazas) und des besetzten syrischen Golan zusammenzutragen und zu bewerten.¹
2. Die Vertreter des Generaldirektors lieÙen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Sie orientierten sich auch an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen EntschlieÙungen sowie an den in den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen enthaltenen und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Mission als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, lieÙen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des humanitären Völkerrechts und internationalen Menschenrechtsnormen leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten). Die Mission orientierte sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, insbesondere an den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008), 1860 (2009) und 2334 (2016) des Sicherheitsrats. Sie berücksichtigte auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (IGH, 2004).

¹ Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, heute kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der Regierung Israels.“ Es wird daran erinnert, dass der Golan von Israel 1981 einseitig annektiert wurde und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 497 (1981) Israel auffordert, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

4. Der Generaldirektor betraute Frank Hagemann, Stellvertretender Regionaldirektor des IAO-Regionalbüros für die arabischen Staaten und Leiter des Fachunterstützungsteams für menschenwürdige Arbeit für die arabischen Staaten, mit der Leitung der Mission. Mitglieder des Missionsteams waren Tariq Haq, Leitender Sachverständiger für Beschäftigungspolitik im Fachunterstützungsteam für menschenwürdige Arbeit für die arabischen Staaten; Steven Kapsos, Leiter der Einheit Datenerstellung und -analyse in der Hauptabteilung Statistik; Katerine Landuyt, Sachverständige für Rechtsnormen in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen; und Ludek Rychly, Leitender Sachverständiger für Arbeitsverwaltung und sozialen Dialog in der Hauptabteilung Ordnungspolitik und Dreigliedrigkeit. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO in Jerusalem, sowie Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten die Vorbereitungen für die Mission durch, an der sie auch teilnahmen. Die Mission besuchte Israel und die besetzten arabischen Gebiete vom 7. bis 16. März 2017.
5. Der Leiter der Mission führte auch Gespräche mit der Arabischen Arbeitsorganisation und der Arabischen Liga in Kairo am 28. Februar 2017.
6. Im Verlauf der Mission führten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Gespräche mit Gesprächspartnern auf israelischer und palästinensischer Seite sowie vom besetzten syrischen Golan.² Sie kamen mit Vertretern von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, palästinensischen und israelischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Sprechern örtlicher Gemeinschaften zusammen. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen. Zusätzlich wurden Fokusgruppendifkussionen mit palästinensischen Arbeitnehmern organisiert.
7. Der Generaldirektor ist erneut allen beteiligten Parteien dankbar, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, zählen konnten. Die der Mission übermittelten schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen.
8. Dieser Bericht berücksichtigt uneingeschränkt die von der Mission vor Ort erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen sowie öffentlich zugängliche Daten, Studien und Berichte. Die der Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern übermittelten mündlichen Informationen wurden gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Mitgliedern der Mission einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Zunehmende Ungewissheit und schwindende Hoffnung

Der zum Stillstand gekommene Friedensprozess

9. Im Januar dieses Jahres kamen Außenminister und Diplomaten aus etwa 70 Ländern in Paris zu Gesprächen über den Nahen Osten zusammen. Im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stand der israelisch-palästinensische Konflikt. Der französische Außenminister hatte diese Versammlung einberufen, um einen weiteren Versuch zu unternehmen, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Friedensprozess zu mobilisieren. Weder Israel noch die Palästinensische Behörde nahmen daran teil, wenngleich Letztere die französische Initiative begrüßte. Die abschließende Gemeinsame Erklärung bekräftigte erneut die Zwei-Staaten-Lösung als einzigen Weg zur Verwirklichung dauerhaften Friedens.

10. Die französische Initiative war lange geplant; es gelang ihr jedoch nicht, die beiden Seiten zusammenzubringen. Die Konferenz in Paris fand einige Wochen nach der Annahme der Resolution 2334 am 23. Dezember 2016 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen statt, in der Israel zur Einstellung aller Siedlungsaktivitäten aufgefordert wurde. Die Resolution 2334 wurde als ein Durchbruch eingestuft, sowohl in Bezug auf ihren Inhalt als auch aufgrund des Umstands, dass es kein Veto dagegen gab; sie hat vor Ort aber nichts bewirkt. Der Ausbau der Siedlungen wird beschleunigt fortgeführt.

11. Sowohl mit der Initiative als auch mit der Resolution wurde die Absicht verfolgt, den Friedensprozess sowie die Probleme der Besatzung und der Siedlungen auf die internationale Agenda zurückzubringen, von der sie in den letzten Jahren nach und nach verschwunden waren. Überschattet von anderen Krisen in der Region, insbesondere der Kombination von Krieg in der Arabischen Republik Syrien, dem Kampf gegen Terrorismus und der Flüchtlingskrise konnten weder die Resolution des UN-Sicherheitsrats noch die Konferenz in Paris bislang neue Impulse für den weitgehend zum Stillstand gekommenen israelisch-palästinensischen Friedensprozess geben.

12. Das nachlassende Engagement der internationalen Gemeinschaft spiegelt sich auch im Finanziellen wider. Die geberfinanzierte Haushaltsunterstützung für die Palästinensische Behörde schrumpfte 2016 um 16 Prozent, was die Fortsetzung eines stark rückläufigen Trends bedeutete. In gewissem Umfang wurden Gebermittel zu projektbasierter Finanzierung verlagert, aber beträchtliche Mengen wurden zu anderen Zielen wie der syrischen Flüchtlingskrise umgeleitet. Die finanzielle Unterstützung des Golf-Kooperationsrats nahm ebenfalls ab.

13. Seit 2014 haben zwischen beiden Seiten keine Friedensgespräche mehr stattgefunden; stattdessen scheint der Dialog auf hoher Ebene durch zunehmend aufhetzende Rhetorik und gewaltsame Akte ersetzt worden zu sein. Während des gesamten Jahres 2016 und der ersten Monate von 2017 hielt der Zyklus der Gewalt an: Angriffe mit rammenden Autos, Schusswaffen und Messern gegen Israelis auf der einen Seite und Gewalt durch Siedler sowie unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die israelische Armee, wodurch eine Reihe von Palästinensern zu Tode kamen, auf der anderen.

Intensivierte Besatzung

14. In einem halben Jahrhundert israelischer Besatzung des Westjordanlands und von Gaza ist ein ausgefeiltes und hochkomplexes System von Institutionen und Kontrollen

entstanden. Eine Vielzahl von Maßnahmen, die von der Fragmentierung von Land, Kontrollstellen und Barrieren bis zur Kontrolle der Grenzen und der natürlichen Ressourcen reichen, dienen den Interessen des Besatzers und stehen bereit, um ein beliebiges Gebiet jederzeit schnell sperren oder abriegeln zu können. Infolgedessen sind die Bewegungsmöglichkeiten im immer stärker parzellierten Westjordanland für Palästinenser sowohl durch administrative Restriktionen als auch physische Kontrollen durch die Besatzungsbehörden und -truppen sehr stark eingeschränkt.

15. Vor diesem Hintergrund halten die israelischen Siedlungsaktivitäten im Besetzten palästinensischen Gebiet ohne erkennbaren politischen Willen, sie zu stoppen, an; es erweckt vielmehr den Eindruck, dass sie seit Anfang 2017 intensiviert wurden. Im Januar ergingen zwei Ankündigungen über den Bau von mehr als 5.000 neuen Wohneinheiten im Gebiet C, das gemäß dem Abkommen von Oslo das Rückgrat der palästinensischen Wirtschaft bilden sollte. Einige Wochen später, im Februar, wurde das Regularisierungsgesetz verabschiedet, das rückwirkend nahezu 4.000 Wohneinheiten in Siedlungen und Außenposten legalisiert. Außerdem genehmigte die Regierung Israels zum ersten Mal seit mehr als 25 Jahren die Gründung einer neuen Siedlung. Siedlungen gelten nach dem Völkerrecht als illegal und sind zentrale Hindernisse für Frieden. Seit dem Abkommen von Oslo hat sich die Zahl der Siedler auf über 600.000 mehr als verdoppelt und nach Aussagen der israelischen politischen Führung zu urteilen, ist beabsichtigt, politische, rechtliche und administrative Mittel einzusetzen, um die Siedlungsaktivitäten zu intensivieren.

16. In Ost-Jerusalem und im besetzten syrischen Golan, deren Annexion als völkerrechtlich illegal eingestuft wird, wird derweil die De-facto-Eingliederung in den Staat Israel beschleunigt. Aufgrund der Entwicklung in Ost-Jerusalem dürften die Palästinenser bald in der Minderheit sein.

17. Parallel zu intensivierter Siedlungsaktivität und zur Zunahme öffentlicher Verlautbarungen in Israel über die Möglichkeit weiterer Annexionen, insbesondere von an Ost-Jerusalem angrenzenden Gebieten, hat sich die Fragmentierung des Westjordanlands beschleunigt. Im Gebiet C, das mehr als 60 Prozent des palästinensischen Grundbesitzes im Westjordanland umfasst, übersteigt die Zahl der israelischen Siedler jetzt die der Palästinenser. 2016 wurden mehr Gebäude im Besitz von Palästinensern zerstört als in irgendeinem anderen Jahr zuvor. Der Trend hielt in den ersten Monaten von 2017 an: Allein im Januar und Februar wurden 147 Gebäude zerstört. In seinem Bericht an den Menschenrechtsrat im März 2017 betonte der UN-Generalsekretär: „Die israelische Politik in Bezug auf Siedlungsaktivitäten ist nach wie vor der Ursprung einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems“ (UN, 2017a).

Hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit

18. Vielleicht spiegeln keine anderen Indikatoren die anfällige Situation palästinensischer Haushalte so dramatisch wider wie diejenigen zum Arbeitsmarkt. Mehr als ein Viertel der palästinensischen Erwerbsbevölkerung ist arbeitslos; die Jugendarbeitslosigkeit verharrt bei über 40 Prozent. Weniger als die Hälfte der Palästinenser über 15 Jahren ist wirtschaftlich aktiv und zwei Drittel der Jugendlichen sind heute nach wie vor außerhalb der Erwerbsbevölkerung. Weniger als 20 Prozent der Frauen arbeiten.

19. Die Wirtschaft wuchs 2016 um 4,1 Prozent, was eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Dies resultierte jedoch hauptsächlich aus Einmaltransfers und war unzureichend, um das Pro-Kopf-Einkommen signifikant anzuheben oder reale positive Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit zu haben. Das Wachstum bleibt zu kapitalintensiv, um die benötigten Arbeitsplätze zu schaffen. Die fast vollständige Abhängigkeit vom

israelischen Markt ist ebenfalls nicht hilfreich und internationale Handelsmöglichkeiten gibt es nur ganz vereinzelt. Dies dürfte sich wahrscheinlich im Jahr 2017 nicht ändern, für das die Wachstumserwartungen bereits gesenkt wurden.

20. Wo werden die Arbeitsplätze der Zukunft herkommen? Der öffentliche Sektor hat die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit erreicht und der private Sektor bleibt zu schwach, um Beschäftigungsimpulse zu geben. Die meisten Unternehmen sind klein und haben in dem aus der Besatzung resultierenden unvorhersehbaren Umfeld mit Zugangskontrollen keine Möglichkeit, zu wachsen. Selbstständigkeit und Unternehmertum werden häufig als vielversprechende Optionen gepriesen; es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die nächste Welle junger Menschen, die in die Erwerbsbevölkerung eintreten, *en masse* Unternehmen gründen wird. Für weibliche Arbeitsuchende bleiben die Hindernisse dafür, Unternehmerinnen zu werden, besonders hoch.

Die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit in Israel und in den Siedlungen

21. Nie zuvor in den letzten 15 Jahren haben so viele Palästinenser in Israel und den Siedlungen gearbeitet: Es sind jetzt fast 120.000. Die meisten überqueren täglich die Trennlinie. Übergänge und Kontrollstellen sind nach wie vor nicht dafür ausgerüstet, jeden Tag eine so große Zahl palästinensischer Pendler zu bewältigen. Gegenüber der Mission wurden die Zustände dort als unmenschlich und erniedrigend bezeichnet. Viele Arbeitnehmer müssen stundenlang unter beengten Verhältnissen Schlange stehen, um ihre Arbeitsplätze in Israel zu erreichen. Trotz der Bedingungen an den Übergängen und der beträchtlichen Vermittlergebühren, die viele Palästinenser zahlen, bleibt Beschäftigung in Israel für Palästinenser attraktiv, insbesondere für junge Arbeitsuchende. Die Durchschnittslöhne von in Israel arbeitenden Palästinensern sind doppelt so hoch wie im Westjordanland. Der stagnierende Arbeitsmarkt im Westjordanland zwingt Palästinenser, Arbeit anzunehmen, wo immer sie zu finden ist. Arbeit in Israel halten die meisten unabhängig davon, wie schwierig die Bedingungen auch sein mögen, für besser als gar keine Arbeit.

22. Israel hat das Genehmigungssystem häufig als Ventil genutzt, um sozialen Druck im Besetzten palästinensischen Gebiet abzubauen. Die Regeln für Genehmigungen wurden jüngst etwas gelockert und eine Reform des Systems ist mit dem Ziel in Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern zu verringern und die Macht der Vermittler zu beschränken. Ob dies die Mobilität palästinensischer Arbeitnehmer innerhalb des israelischen Arbeitsmarkts verbessern und der Ausbeutung durch skrupellose Vermittler und ihrer Geschäftemacherei ein Ende setzen wird, bleibt abzuwarten.

Gaza: Ein Jahrzehnt der Teilung und der Blockade

23. Nach zehn Jahren der fast vollständigen Blockade zu Land, zu Wasser und in der Luft nähert sich Gaza immer weiter dem humanitären Zusammenbruch. Als die Mission am Kontrollpunkt Erez von Israel nach Gaza einreiste, sah sie von Eseln gezogene Ochsenkarren, leere Straßen und staubige trockene Felder. Der Gegensatz zu den grünen Wiesen und gut entwickelten Städten und Dörfern im südlichen Israel hätte nicht größer sein können. Die gelähmte Lebenssituation der Mehrheit der Bewohner von Gaza kann nicht übertrieben werden. Der Konflikt von 2014 war der zerstörerischste in der langen Reihe der Kriege mit Israel. Drei Jahre später liegen mehr als 3.000 Häuser weiterhin in Schutt und Asche und für ihren Wiederaufbau fehlen die Mittel (UNRWA, 2017a). Die Grenze zu

Ägypten bleibt die meiste Zeit geschlossen und die Tunnelwirtschaft ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Exporte wuchsen im zurückliegenden Jahr, bleiben jedoch verschwindend gering im Vergleich zu den Handelsvolumina vor der Blockade. Die Importe nahmen ebenfalls zu, insbesondere von Baumaterialien, was zu den Wiederaufbaubemühungen beitrug. Viele Indikatoren verschlechtern sich jedoch. Von der Ernährungsunsicherheit ist die Hälfte aller Bewohner von Gaza betroffen (UNRWA, 2016); das Trinkwasser in Gaza ist für Menschen ungeeignet, die Stromversorgung funktioniert nur sporadisch und ist unzuverlässig.

24. Die wirtschaftliche Aktivität bleibt durch die Belagerung stark beschränkt und die Lebensbedingungen sind schlechter als vor der Jahrtausendwende. Wie kaum anders zu erwarten, spiegelt sich im Arbeitsmarkt die allgemeine schlechte Lage wider. Die Situation von Frauen ist besonders düster: 85 Prozent der jungen Frauen beispielsweise sind arbeitslos. Es gibt jedoch auch einige kleine Hoffnungsschimmer wie neue Investitionen in einen Industriepark und das ehrgeizige Projekt Gaza Gateway, aber ihre Wirkung bleibt größtenteils symbolisch.

Weiterführung der Staatenbildung ohne Beilegung der Differenzen auf der nationalen Ebene

25. Während der Friedensprozess weiter stockt und die Zwei-Staaten-Lösung zunehmend in Frage gestellt wird, wird die Staatenbildung auf der palästinensischen Seite fortgesetzt. Es sollte hervorgehoben werden, dass 24 Jahre nach Oslo die palästinensischen Institutionen immer noch als genügend robust eingestuft werden, um den entstehenden Staat zu unterstützen. Fehlende Steuerungskapazität sollte mit Hilfe von Investitionen geschaffen und nicht als Vorwand missbraucht werden, um die Reaktivierung des Friedensprozesses zu verzögern.

26. Die weitere Staatenbildung bleibt durch die Differenzen zwischen Hamas und Fatah und die resultierende politische Spaltung zwischen den Entwicklungen im Westjordanland und in Gaza beschränkt. 2016 und Anfang 2017 gab es einige internationale Vermittlungsbemühungen, vor allem von Katar und der Russischen Föderation, die jedoch ohne greifbare Ergebnisse blieben. Für Oktober 2016 waren Kommunalwahlen angekündigt worden, die die Differenzen überbrücken sollten. Nach einer Gerichtsentscheidung wurden sie jedoch abgesagt, ohne dass ein neuer Termin festgelegt wurde.

27. Im Dezember 2016 stellte Premierminister Rami Hamdallah die Nationale Politikagenda vor, ein umfassendes Planungsdokument für die nächsten sechs Jahre, das darauf abzielte, das Vertrauen der Geber zurückzugewinnen und Steuerungskapazität unter Beweis zu stellen. Ebenfalls 2016 wurde schlussendlich das Gesetz über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft veröffentlicht. Die dazugehörige Institution wird jetzt aufgebaut; bislang reichen die Gebermittel jedoch nicht aus, um diese wichtige institutionelle Entwicklung vollends zum Abschluss zu bringen. Die Unterstützung von außen ist in den letzten Jahren zurückgegangen; die Geber müssen sich allerdings im Klaren sein, dass die Palästinensische Behörde und de facto ein lebensfähiger palästinensischer Staat finanziell nicht auf eigenen Füßen stehen werden können. Sie benötigen substantielle Haushaltsunterstützung und fortgesetzte Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, insbesondere um das Leiden in Gaza zu lindern.

28. Parallel zu der materiellen und finanziellen Unterstützung müssen die demokratischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit kontinuierlich gestärkt werden. Sozialer Dialog und dreigliedrige Zusammenarbeit werden prinzipiell anerkannt, und Institutionen

werden entwickelt, um sie sowohl zu fördern als auch die Zusammenarbeit unter Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu nutzen. Solche Institutionen und Prozesse müssen jedoch kontinuierlich genutzt werden und die Praxis wirklich partizipativer Demokratie muss in das soziale und politische Gefüge der palästinensischen Gesellschaft auf allen Ebenen eingebettet werden.

Abwartende Haltung überwiegt

29. Die Palästinenser brauchen das Engagement des internationalen Systems und seiner Hauptakteure einschließlich multilateraler Institutionen; ohne internationale Beteiligung kann der Friedensprozess nicht reaktiviert werden. Derzeit sind die Pläne für den Weg dorthin von den aktuellen Ungewissheiten überschattet, sowohl in der Region als auch global, und die Israelis und die Palästinenser scheinen in unbekannte Richtungen zu treiben. Mit dem Status quo fortzufahren, ist eindeutig keine Option. Mehr Siedlungen, Spannung und Verzweiflung von Palästinensern werden den Weg zum Frieden nicht ebnen. Die Stimmung in Ramallah war während des Besuchs der Mission gedrückt und eine abwartende Haltung überwog. Wie bereits häufig in der Vergangenheit erwartet man neue Anstöße von außen. Wo immer die Mission mit jungen Palästinensern zusammenkam – sei es an der Mauer in Bethlehem oder in der Nähe von Siedlungen im Jordantal –, war ein tiefes Gefühl von Frustration über die Ungerechtigkeit der Besatzung und das Fehlen von Fortschritten, gekoppelt mit einem allgemeinen Gefühl der Desillusionierung sowohl über die internationale Gemeinschaft als auch die eigenen Führer, spürbar. Dies ist ein gefährliches Anzeichen und sollte ernst genommen werden. Die nach den Friedensvereinbarungen geborene „Oslo-Generation“ macht die Mehrheit der Bevölkerung aus. Sie benötigt Hoffnung und Orientierung. Der Preis von Spannung ist einfach zu hoch. Die Weltgemeinschaft muss sich weiter mit dem Ziel engagieren, Frieden im Nahen Osten und die vollständige Staatlichkeit für die Palästinenser zu fördern.

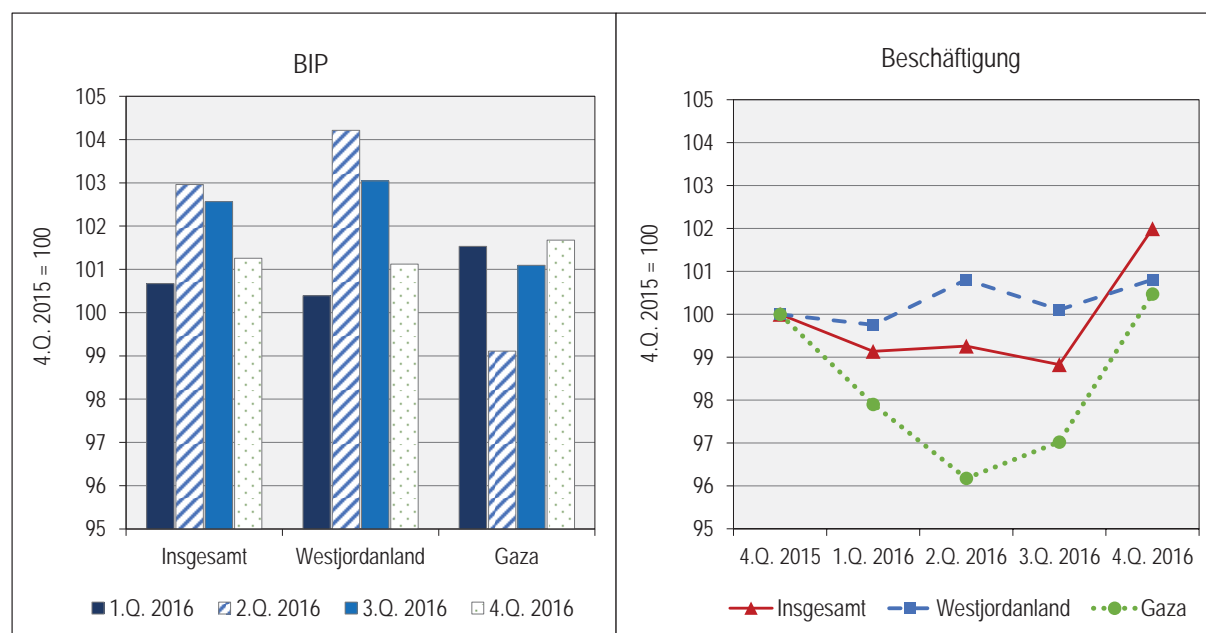
2. Wirtschafts- und Arbeitsmarkttrends spiegeln große Entwicklungshemmnisse wider

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

30. Wegen der Beschränkungen des Handels und der Arbeitnehmermobilität, anhaltender politischer Ungewissheit und Beschränkungen der palästinensischen Bautätigkeit bleibt die Produktionsleistung im Besetzten palästinensischen Gebiet gehemmt. Die palästinensische Wirtschaft wuchs 2016 um 4,1 Prozent (PCBS, 2017a), eine moderate Verbesserung gegenüber dem 2015 verzeichneten Wert von 3,4 Prozent. In Gaza wuchs die Produktionsleistung 2016 um 7,7 Prozent, verglichen mit 6,1 Prozent im Jahr 2015. Trotz dieses durch den Wiederaufbau vorangetriebenen Wachstums bleibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Gaza unter dem Niveau von 2013. Im Westjordanland wuchs das BIP um 3 Prozent, geringfügig mehr als die 2,6 Prozent in 2015.³

31. Das Pro-Kopf-Wachstum blieb 2016 schwach: Das reale Pro-Kopf-BIP wuchs nur um 1,2 Prozent, resultierend aus einem Anstieg um 4,2 Prozent in Gaza und um lediglich 0,5 Prozent im Westjordanland. Wie nicht anders zu erwarten, führte diese Bilanz beim Wirtschaftswachstum nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigungsniveaus: Insgesamt expandierte die palästinensische Beschäftigung um 1,9 Prozent für das Jahr (Abbildung 2.1). Arbeitnehmer in Israel und in den Siedlungen ausgenommen, wuchs die palästinensische Beschäftigung lediglich um 1,3 Prozent, deutlich weniger als das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit einem Wert von 3,3 Prozent.

Abbildung 2.1. Indizes des vierteljährlichen realen BIP (zu konstanten Preisen von 2004) und Beschäftigung (4. Quartal 2015 = 100)



Quelle: Berechnungen der IAO auf der Grundlage von Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS), National Accounts (2017a) und Quarterly Labour Force Survey (2017b).

Anm.: Das BIP bezieht sich auf das Besetzte palästinensische Gebiet. Die Beschäftigungszahlen schließen alle palästinensischen Arbeitnehmer einschließlich der in Israel und in den Siedlungen beschäftigten ein.

³ Schätzungen zufolge drücken allein die Beschränkungen im Gebiet C das palästinensische BIP und die Beschäftigung um etwa 35 Prozent, während die BIP-Einbußen in Gaza seit der Blockade von 2007 auf mehr als 50 Prozent veranschlagt werden (Weltbank, 2016).

32. Betreffend die Produktionsbilanz einzelner Sektoren schrumpften Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft sowie Handel, Restaurants und Hotels im Jahr 2016. Einen besonders starken Rückgang von 11 Prozent verzeichneten Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft (Übersicht 2.1). Zusammengenommen entfallen auf diese Sektoren mehr als 21 Prozent des palästinensischen Gesamt-BIP und mehr als 28 Prozent der palästinensischen Gesamtbeschäftigung. Die Sektoren Fertigung, Bergbau und Steinbrüche sowie Baugewerbe schnitten besser ab, wobei Fertigung, Bergbau und Steinbrüche ein besonders starkes Wachstum von 8,2 Prozent erzielte. Landwirtschaft und Fertigung tragen heute jedoch weniger als 15 Prozent zum BIP bei, verglichen mit mehr als einem Drittel zur Zeit der Unterzeichnung des Pariser Protokolls 1994.

Übersicht 2.1. Wachstum gegenüber dem Vorjahr, Anteil am BIP und Anteil an der Beschäftigung, nach Sektoren, 2016

	Wachstum (2015-16) (%)	Anteil am BIP (%)	Anteil an der Beschäftigung (%)		
			Insgesamt	Männer	Frauen
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	-11,0	3,0	7,4	7,0	9,0
Fertigung, Bergbau und Steinbrüche	8,2	11,4	13,4	13,8	11,0
Baugewerbe	5,9	7,4	16,5	19,5	0,6
Handel, Restaurants und Hotels	-1,4	18,1	20,9	22,6	12,0
Transport, Lagerung und Kommunikation	4,1	7,8	6,3	7,1	2,0
Dienstleistungen und andere Branchen	5,6	52,3	35,5	30,0	65,4
Insgesamt	4,1	100	100	100	100

Quelle: Berechnungen der IAO auf der Grundlage von PCBS, National Accounts (2017a) und Quarterly Labour Force Survey (2017b).

Anm.: Die Angabe für den Anteil von Dienstleistungen und andere Branchen am BIP schließt Zölle, indirekt gemessene Finanzvermittlungsdienstleistungen und Einfuhrumsatzsteuern ein. Ohne diese beträgt der Anteil von Dienstleistungen und andere Branchen am BIP 39 Prozent.

33. Bei weiterhin guter Gesundheit des Finanzsektors insgesamt wuchs das Kreditvolumen rasch, weitgehend konzentriert auf Konsum, Immobilien, Bautätigkeit und Handelsfinanzierung. Von Bedeutung war der Umstand, dass das für den Konsum bereitgestellte Gesamtkreditvolumen den von der palästinensischen Währungsbehörde festgelegten Konzentrationsschwellenwert von 20 Prozent überstieg, was das Risiko zunehmenden Drucks im Finanzsektor vergrößerte (IWF, 2016). Die Handelsbilanz verschlechterte sich im Lauf von 2016. Die Exporte stiegen um 6,3 Prozent und erreichten 1,59 Milliarden US-Dollar, während die Importe weiter stiegen, und zwar um 7,3 Prozent auf 4,97 Milliarden US-Dollar (PNA, 2017a). Dies geschah parallel zu fortgesetzter Aufwertung des realen Wechselkurses, was ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit bleibt. Die finanzielle Situation der Palästinensischen Behörde verbesserte sich dagegen 2016 beträchtlich: Das Gesamthaushaltsdefizit sank um mehr als ein Viertel auf 4,16 Milliarden Neue Israelische Schekel (NIS) (ungefähr 1,16 Milliarden US-Dollar). Diese Verbesserung war jedoch nicht strukturell, sondern weitgehend auf 2016 eingegangene Einmaltransferzahlungen zurückzuführen. Dies umfassten Rückstände aus Israel im Zusammenhang mit den Zolleinnahmen für die Palästinenser wie Krankenversicherungsbeiträge, der Ausgleichsabgabe, Grenz- und Übergangsgebühren sowie Telekommunikationslizenzgebühren (PNA, 2017a). Diese Einmalzahlungen halfen, einen Rückgang der direkten Geberunter-

stützung aufzufangen, die 2016 auf 614 Millionen US-Dollar zurückging, von 725 Millionen US-Dollar 2015 und 1 Milliarde US-Dollar 2014. In diesem Kontext stark rückläufiger Geberunterstützung und einer größer werdenden Finanzierungslücke werden eine Verbreiterung der Steuerbasis und verbesserte Steuereinzahlung erforderlich sein, um 2017 eine Verschlechterung der Haushaltsbilanz der Palästinensischen Behörde zu vermeiden. Zugang zum Gebiet C zu erhalten, ist auch wichtig für die Verbesserung der Langzeitaussichten der Palästinensischen Behörde, weil dies Schätzungen zufolge die Einnahmen der öffentlichen Hand um 800 Millionen US-Dollar steigern würde, was die Abhängigkeit von Gebermitteln beträchtlich verringern würde (Weltbank, 2016).

Arbeitsmarktentwicklungen

34. Das seit langem bestehende Problem der unzureichenden Schaffung von Arbeitsplätzen im palästinensischen Arbeitsmarkt besteht fort und im Lauf des vergangenen Jahres wurden auch kaum substanzielle Fortschritte diesbezüglich beobachtet. Die palästinensische Erwerbsbevölkerung wuchs 2016 auf 1,34 Millionen, ein Anstieg von 42.000 oder 3,2 Prozent, was grob der Wachstumsrate der Bevölkerung im Erwerbsalter entspricht (Übersicht 2.2). Entsprechend verharrte die Erwerbsquote (der Anteil der Bevölkerung im

Übersicht 2.2. Wichtige Arbeitsmarktindikatoren, 2015-16

	2015	2016	2015-16
			Prozentuale Veränderung
Bevölkerung über 15 Jahre (1.000)	2.836	2.930	3,3
Erwerbstätige (1.000)	1.299	1.341	3,2
Beschäftigung (1.000)	963	980	1,9
Westjordanland	573	574	0,1
Gaza	277	290	4,4
Israel und Siedlungen	113	117	4,0
Arbeitslosigkeit (1.000)	336	361	7,3
			Veränderung in Prozentpunkten
Erwerbsquote (%)	45,8	45,8	0,0
<i>männlich</i>	71,9	71,6	-0,3
<i>weiblich</i>	19,1	19,3	0,2
<i>Jugendliche</i>	32,7	32,7	0,0
Arbeitslosenquote (%)	25,9	26,9	1,0
<i>männlich</i>	22,5	22,2	-0,3
<i>weiblich</i>	39,2	44,7	5,5
<i>Jugendliche</i>	40,7	41,7	1,0
Westjordanland	17,3	18,2	0,9
<i>männlich</i>	15,0	15,5	0,4
<i>weiblich</i>	26,7	29,8	3,1
<i>Jugendliche</i>	28,6	29,8	1,3
Gaza	41,0	41,7	0,7
<i>männlich</i>	35,9	34,4	-1,5
<i>weiblich</i>	59,6	65,2	5,6
<i>Jugendliche</i>	61,0	61,4	0,4

Quelle: PCBS, Quarterly Labour Force Survey, 2015 und 2016.

Anm.: Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben. Arbeitsmarktdaten für das Westjordanland ohne in Israel und in den Siedlungen beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer.

Erwerbsalter, der entweder erwerbstätig oder arbeitslos ist) unverändert bei 45,8 Prozent. Das große Geschlechtergefälle bei der Erwerbsquote hat sich kaum verändert: Die Erwerbsquote von Männern ging leicht auf 71,6 Prozent zurück und die Erwerbsquote von Frauen stieg geringfügig auf 19,3 Prozent. Letztere bleibt die niedrigste in der arabischen Region. Insgesamt betrug 2016 der Anteil von Frauen an beschäftigten Palästinensern nur 15,7 Prozent, ihr Anteil an den Arbeitslosen jedoch 34,5 Prozent. Während die Arbeitslosenquote von Männern von 22,5 Prozent auf 22,2 Prozent leicht zurückging, stieg diejenige von Frauen stark um 5,5 Prozentpunkte auf 44,7 Prozent.

35. Die jugendliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren belief sich 2016 auf 1,03 Millionen, was 35 Prozent der Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter ausmachte. Auf die Jugendlichen entfallen jedoch nur 25 Prozent der Gesamterwerbsbevölkerung, weil weniger als ein Drittel der palästinensischen Jugendlichen am Arbeitsmarkt teilnehmen. In der jugendlichen Gesamtbevölkerung gab es mehr als 330.000 (32,3 Prozent), die sich weder in Beschäftigung befanden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten. Dieser hohe Anteil wirtschaftlicher inaktiver Jugendlicher bedeutet eine Bedrohung für die zukünftige Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität der palästinensischen Erwerbsbevölkerung, die sich negativ auf das Wachstum und die Entwicklungsaussichten auswirken könnte. Hohe und weiter steigende Jugendarbeitslosigkeit, die 2016 41,7 Prozent betrug (29,8 Prozent im Westjordanland und 61,4 Prozent in Gaza), hält viele junge Menschen angesichts der sehr düsteren Beschäftigungsaussichten, mit denen sie konfrontiert sind, aus dem Arbeitsmarkt.

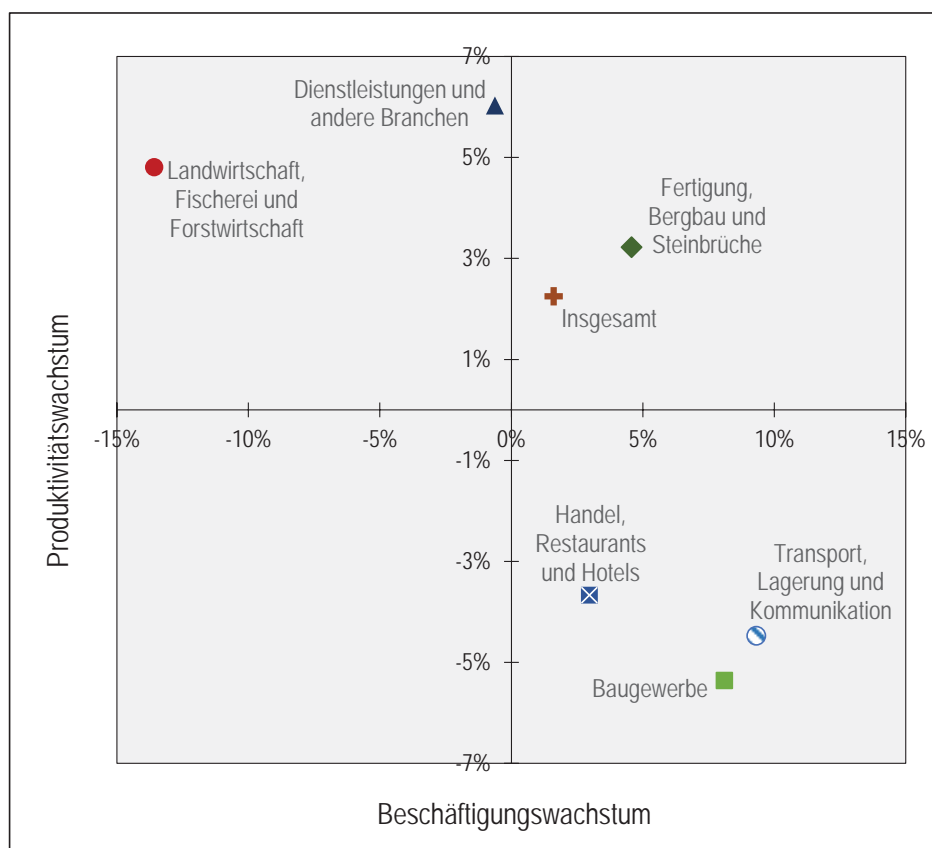
36. Mit einem Anstieg von lediglich etwa 18.000 Personen fiel das Beschäftigungswachstum im palästinensischen Arbeitsmarkt 2016 sehr schwach aus. Dies war vor allem auf schlechte Beschäftigungstrends im Westjordanland zurückzuführen, wo die Beschäftigungsniveaus gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert waren. Der größte Teil des palästinensischen Beschäftigungswachstums fand in Gaza statt, wo ein Anstieg um 4,4 Prozent verzeichnet wurde (wenngleich ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau), sowie in Israel und den Siedlungen, wo die Beschäftigung um 4 Prozent zunahm. Von Bedeutung ist, dass die Beschäftigung in Israel und in den Siedlungen in den ersten drei Quartalen von 2016 nicht wuchs, sich im vierten Quartal mit einem Anstieg von 17.900 jedoch stark ausweitete, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften im Baugewerbe anzog und die israelische Regierung zusätzliche Arbeitsgenehmigungen an palästinensische Arbeitssuchende ausgab. Die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Israel stieg von 60.900 Ende 2015 bis Ende 2016 auf 74.400 (von denen 67.000 genutzt wurden). In den ersten drei Monaten von 2017 wurde ein weiterer Anstieg der Zahl um 7.000 registriert. Die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für die Siedlungen stieg 2016 von 27.000 auf 29.700 (COGAT, 2017). Weil die Beschäftigungsniveaus in Gaza sowie in Israel und den Siedlungen beträchtlicher Volatilität unterliegen, sind die schwachen Trends beim Beschäftigungswachstum, die 2016 im Westjordanland beobachtet wurden, wo fast 60 Prozent der Palästinenser arbeiten, besonders besorgniserregend.

37. Zur Betrachtung der Beschäftigungstrends in einzelnen Sektoren: Die Zahl der Arbeitsplätze im Baugewerbe stieg 2016 um mehr als 12.000, wobei der treibende Faktor Wachstum in Gaza sowie in Israel und den Siedlungen war. Das Baugewerbe beschäftigt jetzt 16,5 Prozent der palästinensischen Arbeitnehmer, ein Anstieg im Vergleich zu 15,5 Prozent in 2015. Fast 6.000 Arbeitsplätze wurden im Sektor Handel, Restaurants und Hotels geschaffen, 5.700 im Sektor Fertigung, Bergbau und Steinbrüche und 5.200 im Sektor Transport, Lagerung und Kommunikation. Der Sektor mit dem stärksten Rückgang war die Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft, in dem die Beschäftigung um 11.300 oder 13,6 Prozent zurückging. Frauen waren besonders stark betroffen und der

beträchtliche Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen ist zum Teil auf die Schrumpfung dieses Sektors zurückzuführen.

38. In Verbindung mit den Zahlen für das Beschäftigungswachstum ist es auch wichtig, das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu bewerten. Auf lange Sicht ist die Arbeitsproduktivität eine zentrale Determinante der Beschäftigungsqualität und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die palästinensische Arbeitsproduktivität wuchs 2016 um 2,2 Prozent. Dieser Anstieg folgte auf zwei Jahre mit negativem Produktivitätswachstum (-3,2 Prozent 2015 und -5 Prozent 2014).⁴ Der jüngste Produktivitätszuwachs ist eine positive Entwicklung. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass das Produktivitätswachstum im letzten Jahrzehnt sehr niedrig war: Zwischen 2005 und 2016 betrug es im Durchschnitt nur 0,6 Prozent und ab 2010 fand im Wesentlichen kein Wachstum mehr statt.

Abbildung 2.2. Wachstum der Arbeitsproduktivität und Beschäftigungswachstum, wichtige Sektoren, 2016



Quelle: Berechnungen der IAO auf der Grundlage von PCBS, National Accounts (2017a) und Quarterly Labour Force Survey (2017b).

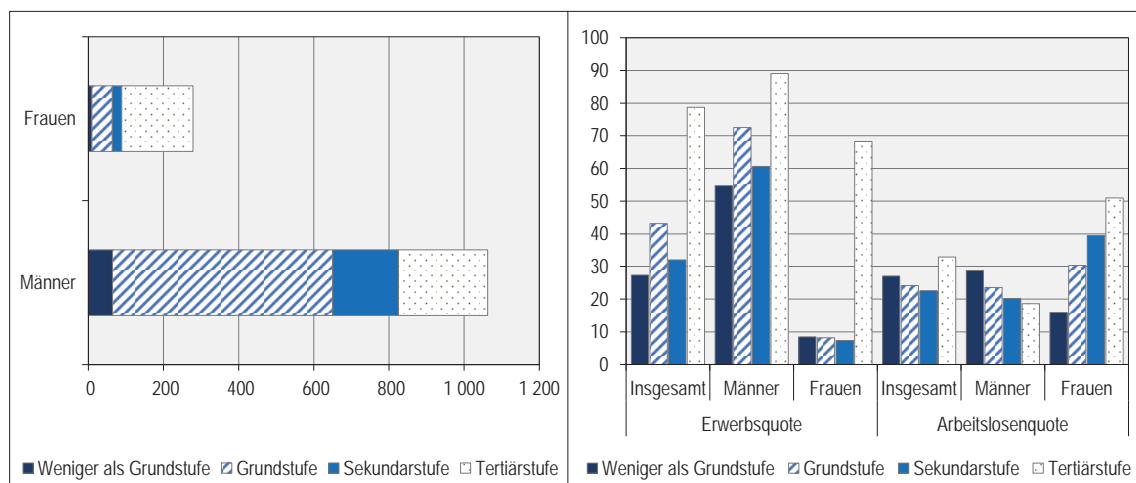
39. Abbildung 2.2 veranschaulicht das Wachstum von Beschäftigung und Produktivität nach Sektoren. Die Zahlen schließen Israel und die Siedlungen aus und beschreiben deshalb das Wachstum von Beschäftigung und Produktivität im lokalen palästinensischen Arbeitsmarkt. Der obere rechte Quadrant zeigt Sektoren, in denen 2016 sowohl die

⁴ Schätzungen der IAO auf der Grundlage von PCBS, National Accounts (2017a) und Quarterly Labour Force Survey (2017b). Berechnung der Produktivität als Produktionsleistung pro Beschäftigtem. Berechnung der Produktionsleistung für diesen Zweck als Gesamt-BIP ohne Zölle, indirekt gemessene Finanzvermittlungsdienstleistungen und Einfuhrumsatzsteuern.

Beschäftigung als auch die Produktivität wuchs. Von den sechs großen Sektoren verzeichnete 2016 nur einer – Fertigung, Bergbau und Steinbrüche – sowohl positives Beschäftigungs- als auch Produktivitätswachstum. Im Gegensatz dazu gab es in drei Sektoren Anstiege bei der Beschäftigung, aber Rückgänge der Arbeitsproduktivität: Baugewerbe; Handel, Restaurants und Hotels; sowie Transport, Lagerung und Kommunikation. Im Sektor Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft wuchs die Produktivität parallel zum starken Rückgang bei Beschäftigung und Produktionsleistung. Der Dienstleistungssektor verzeichnete das rascheste Produktivitätswachstum, die Beschäftigung war hier jedoch rückläufig. Wenngleich die Indikatoren für Beschäftigung und Produktivität im Jahresvergleich uneinheitlich sind, ist der Langzeittrend für den palästinensischen Arbeitsmarkt klar: Sowohl das Beschäftigungswachstum als auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität waren und sind unzureichend.

40. Die Merkmale der Beschäftigten und der Arbeitslosen einschließlich ihres Bildungsprofils zu verstehen, hilft, strukturelle Probleme und Missverhältnisse im Arbeitsmarkt zu erkennen. Bildung ist eine wichtige Determinante der Erwerbsbeteiligung und bei Palästinensern mit hohem Bildungsniveau ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie in den Arbeitsmarkt eintreten. Von allen Palästinensern in der Erwerbsbevölkerung verfügen nahezu 32 Prozent über tertiäre Bildung, 15 Prozent über Sekundarbildung, 48 Prozent über Vorstufen- oder Grundstufenbildung und ungefähr 5 Prozent über weniger als Grundstufenbildung. Das Bildungsprofil von Frauen in der Erwerbsbevölkerung unterscheidet sich jedoch beträchtlich von dem von Männern. Von den palästinensischen Frauen, die entweder beschäftigt sind oder Arbeit suchen, verfügen 68 Prozent über tertiäre Bildung. Der entsprechende Anteil bei Männern beträgt lediglich 22,3 Prozent (Abbildung 2.3). Bei sowohl Männern als auch Frauen finden sich die höchsten Erwerbsquoten bei Personen mit tertiärer Bildung. Die Erwerbsquote palästinensischer Frauen mit tertiärer Bildung beträgt mehr als 65 Prozent, während diejenige von Frauen mit weniger als tertiärer Bildung unter 10 Prozent liegt.

Abbildung 2.3. Erwerbsquote und Arbeitslosigkeit nach Bildungsniveau, Bevölkerung über 15 Jahre, 2016



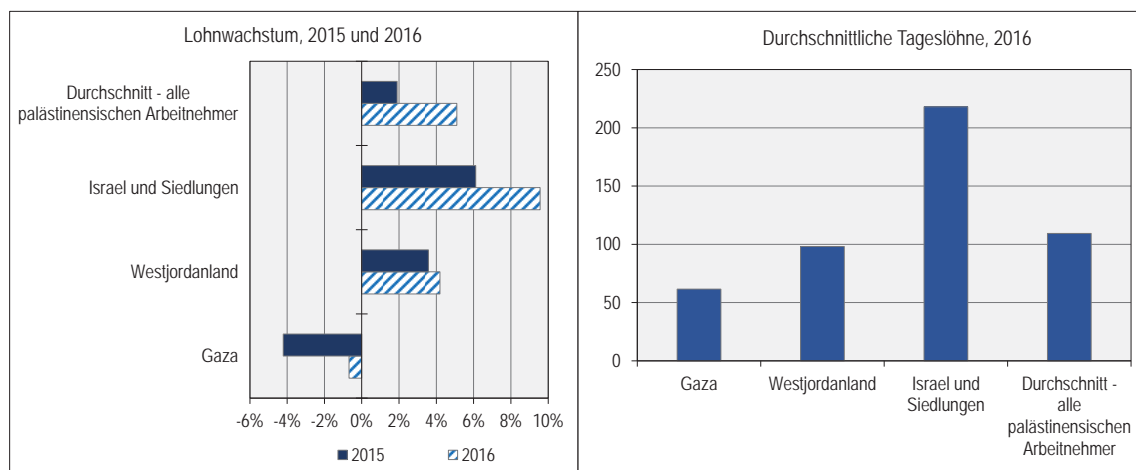
Quelle: PCBS, Quarterly Labour Force Survey (2017b).
Anm.: Grundstufe umfasst Grundschule und Vorschule.

41. Obwohl bei den bestausgebildeten Palästinensern die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie in den Arbeitsmarkt eintreten, ist bei denjenigen mit den höchsten Bildungsniveaus auch die Wahrscheinlichkeit am geringsten, dass sie überhaupt Arbeit finden – ein

Trend, der durch die düstere Arbeitsmarktsituation von Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen bedingt ist. Die Arbeitslosenquote palästinensischer Frauen mit tertiärer Bildung beträgt erstaunliche 51 Prozent, fast dreimal so hoch wie bei palästinensischen Männern mit tertiärer Bildung. Im Gegensatz dazu verzeichnen bei den Männern diejenigen mit der geringsten Bildung die höchsten Arbeitslosenquoten. Die Arbeitslosenquote palästinensischer Männer mit weniger als Grundstufenbildung beträgt fast 29 Prozent und nahezu 24 Prozent bei denjenigen mit Grundstufen-/Vorstufenbildung. Diese Zahlen unterstreichen, dass der palästinensische Arbeitsmarkt einfach nicht genug Beschäftigungsmöglichkeiten über das Bildungs- und Qualifikationsspektrum bietet. Davon sind wiederum Frauen überproportional betroffen und insbesondere die bestausgebildeten von ihnen.

42. Das direkteste Maß der Beschäftigungsqualität liefern die Höhe und die Wachstumsrate der Arbeitnehmerlöhne. Das palästinensische Lohnwachstum beschleunigte sich 2016 erheblich: Die durchschnittlichen Tageslöhne stiegen um 5,1 Prozent gegenüber einem Wachstum von 1,9 Prozent im Jahr 2015 (Abbildung 2.4). Treibender Faktor hierfür war starkes Lohnwachstum bei Arbeitnehmern in Israel und den Siedlungen, wo die Tageslöhne um 9,6 Prozent stiegen, und im Westjordanland, wo die Löhne um 4,2 Prozent stiegen. In Gaza sanken die durchschnittlichen Tageslöhne um 0,7 Prozent nach einem noch stärkeren Rückgang um 4,2 Prozent im Jahr 2015. 2016 verdienten palästinensische Arbeitnehmer im Durchschnitt 109 NIS pro Arbeitstag. Dieser Durchschnittswert wird durch die beträchtlich höheren Löhne in Israel und den Siedlungen nach oben getrieben, wo palästinensische Arbeitnehmer durchschnittlich 218 NIS pro Tag verdienen. Dies ist mehr als das 3,5-fache des in Gaza verdienten Durchschnittslohns und mehr als das 2,2-fache des im Westjordanland verdienten Durchschnittslohns. Mit 4.144 NIS beträgt der durchschnittliche Monatslohn, den in Israel und den Siedlungen arbeitende Palästinenser verdienen, das 2,9-fache des palästinensischen Mindestlohns von 1.450 NIS. Verglichen dazu beläuft sich der durchschnittliche Monatslohn im Westjordanland auf 1.856 NIS.

Abbildung 2.4. Jährliches Wachstum der Tageslöhne palästinensischer Arbeitnehmer, 2015 und 2016, und durchschnittliche Tageslöhne, 2016



Quelle: Berechnungen der IAO auf der Grundlage von PCBS, Quarterly Labour Force Survey (2017b).

43. Wichtig ist, dass Durchschnittslöhne nichts über unterschiedliche Lohnniveaus zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern aussagen. Beispielsweise erfassen sie keine geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede, die in allen Wirtschaftssektoren beträchtlich sind. Insgesamt verdienen Frauen im Durchschnitt 83 NIS pro Tag, verglichen

mit 114 NIS für Männer. Folglich verdienen palästinensische Männer im Durchschnitt pro Tag 37 Prozent mehr als die durchschnittliche palästinensische arbeitende Frau. Der größte geschlechtsbedingte Lohnunterschied findet sich im Fertigungssektor, in dem Männer pro Tag im Durchschnitt 90 Prozent mehr verdienen als Frauen (97 NIS gegen 51 NIS für Frauen). Die insgesamt höchsten Löhne mit einem Durchschnittslohn von 173 NIS pro Tag verdienen Arbeitnehmer im Baugewerbe. Dieser Durchschnittswert wird stark von den höheren Löhnen in Israel beeinflusst, weil etwa die Hälfte aller palästinensischen Bauarbeiter in Israel und den Siedlungen beschäftigt ist.

44. Durchschnittslöhne verschleiern auch andere Arbeitsmarktungleichgewichte. Beispielsweise verdienen mehr als 126.000 palästinensische Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft – 38,8 Prozent aller Arbeitnehmer im privaten Sektor – weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. Auch hiervon sind Frauen überproportional betroffen: 2016 verdienten 47,1 Prozent der im Privatsektor beschäftigten Frauen weniger als den Mindestlohn. Ein Aspekt, bei dem Frauen im Vergleich zu Männern Vorteile haben, ist die Wahrscheinlichkeit, Beiträge in eine Rentenversicherung einzuzahlen. 2016 zahlten fast 63 Prozent der weiblichen Beschäftigten Beiträge in eine Rentenversicherung ein, während der entsprechende Anteil der männlichen Beschäftigten bei 45,6 Prozent lag. Diese Zahlen spiegeln die im Vergleich zum privaten Sektor wesentlich höheren Anteile von Arbeitnehmern im öffentlichen Sektor wider, die Beiträge in eine Rentenversicherung einzahlen. In den Sektoren mit relativ geringer Beteiligung der öffentlichen Hand belaufen sich die Anteile auf lediglich 13,7 Prozent bei Handel, Restaurants und Hotels, 18,2 Prozent im Fertigungssektor und 25 Prozent im Baugewerbe.

45. Die beträchtlich höheren Löhne in Israel zusammen mit den schlechten Beschäftigungsaussichten vor Ort haben dazu geführt, dass viele Palästinenser gerne in Israel arbeiten würden. Diese starke Nachfrage, gekoppelt mit dem Vorhandensein eines Beschäftigungsgenehmigungssystems, das jeden palästinensischen Arbeitnehmer in Israel an einen bestimmten israelischen Arbeitgeber bindet, hat zum Aufkommen einflussreicher Mittelsmänner, der Genehmigungsvermittler, geführt, die von palästinensischen Arbeitssuchenden Zahlungen abschöpfen und ihnen im Gegenzug helfen, israelische Arbeitsgenehmigungen zu erhalten. Der Mission wurde wiederholt berichtet, dass die Praxis, Genehmigungen über Vermittler zu erhalten, verbreitet ist. Für das Recht auf Arbeit in Israel zahlen Arbeitnehmer häufig 2.000 NIS pro Monate oder mehr an Vermittler.⁵

46. Wenngleich der genaue Anteil der palästinensischen Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen, die ihre Genehmigungen über Vermittler erhalten, unbekannt ist, zeigen die in Übersicht 2.3 präsentierten Szenarien, dass die wirtschaftlichen Kosten beträchtlich sind, selbst wenn der Anteil der betroffenen Arbeitnehmer nur 10 Prozent beträgt. In diesem niedrigen Szenario, für das auch durchschnittliche Genehmigungskosten am unteren Ende der Schätzungsbandbreite verwendet wurden, würden immer noch 232 Millionen NIS pro Jahr an Vermittler gezahlt werden, was 3,6 Prozent der in Israel verdienten palästinensischen Gesamtlöhne entspricht. Beim mittleren Szenario (20 Prozent der Arbeitnehmer betroffen, durchschnittliche Vermittlergebühr von 1.850 NIS pro Monat) betrüge die „Vermittlerabgabe“ 572 Millionen NIS pro Jahr, fast 9 Prozent aller verdienten Löhne.

⁵ Schätzungen zufolge beträgt der Marktpreis für Genehmigungen zwischen 1.500 NIS und 2.500 NIS pro Monat (Kav LaOved, 2016).

Übersicht 2.3. Drei Szenarien zur Schätzung der „Vermittlerabgabe“

	Niedriges Szenario	Mittleres Szenario	Hohes Szenario
<i>Szenarioannahmen</i>			
Vermittlerabgabe pro Monat pro vermittelter Genehmigung	1.500	1.850	2.200
Betroffene Arbeitnehmer (Prozent der Gesamtzahl)	10	20	40
<i>Schätzungen der Vermittlerabgabe</i>			
Vermittlerabgabe (Millionen NIS)	232	572	1.360
Vermittlerabgabe als Prozentsatz an den Gesamtlöhnen	3,6	8,9	16,9
Quelle: Schätzungen der IAO auf der Grundlage von PCBS, Quarterly Labour Force Survey (2017b) und Kav LaOved, 2016, für die Spanne der Vermittlergebühren.			

47. Ein wichtiger Punkt, der hervorgehoben werden muss, ist, dass selbst im Fall einer Vermittlergebühr von 2.200 NIS pro Monat – wie im oberen Szenario gezeigt – ein durchschnittlicher palästinensischer Arbeitnehmer in Israel ohne Vermittlergebühr immer noch mehr verdienen würde, als wenn er für den Durchschnittslohn im Westjordanland arbeiten würde. Und weil es im Westjordanland so wenige Beschäftigungsgelegenheiten gibt, bleibt häufig vielleicht nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und der Zahlung von Vermittlergebühren. Der Mission wurde mitgeteilt, dass die jüngste Entscheidung Israels zur Überarbeitung des Genehmigungsvergabesystems (die für Mitte 2017 erwartet wird) eine unmittelbare Reaktion auf das Vermittlerproblem war. Aus den obigen Szenarien ist ersichtlich, dass der wirtschaftliche Nutzen und der Wohlfahrtsnutzen für palästinensische Arbeitnehmer und ihre Familien beträchtlich sein werden, wenn mit dieser Initiative die Zahlungen von Palästinensern an Vermittler wirksam verringert werden.

Beschränkungen bremsen weiterhin stark das Wachstum und die Entwicklung im Westjordanland

48. Die Arbeitsmarktaussichten im Westjordanland werden unmittelbar und substanziell von der Besetzung beeinflusst, weil die Unzahl von Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, des Zugangs zu Land und natürlichen Ressourcen sowie der Bautätigkeit alle das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsaussichten hemmen. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit umfassen Kontrollstellen, Straßensperren, Metalltore, Erdwälle und Gräben sowie die Sperrmauer, die zu etwa 85 Prozent innerhalb des Westjordanlands gebaut wird.⁶ Mit Stand von Dezember 2016 gab es über das Westjordanland verstreut 472 Bewegungshindernisse einschließlich 44 ständig besetzter Kontrollstellen und weitere 110 Hindernisse in der H2-Zone von Hebron (OCHA, 2016a).⁷ Eine wichtige Art und Weise, wie dieses Netz von Beschränkungen dem örtlichen Arbeitsmarkt schadet, besteht

⁶ Nach ihrer Fertigstellung wird die Sperrmauer ungefähr 700 Kilometer lang sein. Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Sperrmauer vom 9. Juli 2004 wurden die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher durch sie verursachter Schäden gefordert. Diese Forderung wurde anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 unterstützt.

⁷ Mit dem speziellen Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst, wo die Palästinensische Behörde Verwaltungsdienste bereitstellt, Israel jedoch uneingeschränkt die Sicherheitskontrolle übernehmen sollte. Die israelischen Siedler in diesem Gebiet werden inmitten von etwa 40.000 Palästinensern (und etwa 200.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt) von einer starken israelischen Militärpräsenz geschützt.

darin, dass es die Ungewissheit erhöht, was Investitionen unterdrückt und das Beschäftigungswachstum bremst. Die Zugangsmöglichkeiten können sich von einem zum anderen Tag beträchtlich ändern und über diese Änderungen entscheiden allein die israelischen Behörden. Zusätzlich werden die Märkte in Ost-Jerusalem immer stärker vom Westjordanland abgeschnitten, was die Existenzgrundlagen ihrer Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter bedroht.

49. Das Gebiet C umfasst mehr als 60 Prozent des Westjordanlands und den überwiegenden Teil seiner natürlichen Ressourcen und ist wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung, besonders der Landwirtschaft und der Agrarindustrie. Dieses Gebiet befindet sich in Bezug auf die Sicherheit und die Verwaltung jedoch vollständig unter israelischer Kontrolle. Fast drei Viertel davon fallen in die Zuständigkeit der Regionalräte israelischer Siedlungen und stehen deshalb für die palästinensische Entwicklung nicht zur Verfügung. Die Beschränkungen des Zugangs von Palästinensern zu wichtigen natürlichen Ressourcen aus dem Toten Meer bestehen fort. Sie unterbinden potenzielle Einnahmen aus dem Tourismus, hemmen gravierend Verdienstmöglichkeiten von Palästinensern zur Existenzsicherung und verringern das Gesamtentwicklungspotenzial im Westjordanland. Im Gebiet C geltende Beschränkungen haben andere weitreichende negative Auswirkungen im Westjordanland, weil es häufig zwischen den Gebieten A und B liegt.

50. An der Allenby-Brücke (König-Hussein-Brücke), dem einzigen internationalen Landweg, der in das Westjordanland oder daraus heraus führt, nimmt der Verkehr weiter zu, und zwar um durchschnittlich 10 Prozent jährlich. Trotz gestiegener Investitionen vonseiten Israels sind die Einrichtungen nach wie vor unzureichend für das Verkehrsaufkommen und die Bearbeitungs- und Wartezeiten bleiben ein großes Problem, das in Verschwendung und verminderter Produktivität resultiert (OQ, 2016).

51. Die Exporte bleiben beschränkt, weil palästinensische Produkte in globalen Märkten kaum konkurrenzfähig sind und die geltenden Beschränkungen die Abhängigkeit der Palästinenser vom Handel mit Israel de facto erhöhen. Die Produktionskosten werden durch eine Reihe von Faktoren nach oben getrieben, wozu auch die fehlenden Importmöglichkeiten für ein breites Spektrum wichtiger Einsatzmittel aus Rohstoffen wie Dünger für die Landwirtschaft zählen. Diese und andere wichtige Einsatzmittel stehen auf Listen von Gütern „mit doppeltem Verwendungszweck“, die Israel als Bedrohungen für die Sicherheit einstuft. Zusätzlich führen Verzögerungen an Übergängen zu Verschwendung und höheren Kosten. Diese Faktoren verringern unmittelbar die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Palästinenser. Ohne eine breite Aufhebung dieser und anderer Beschränkungen, die direkt und indirekt den Handel behindern, besteht wenig Hoffnung für einen substanziellen und dauerhaften Anstieg der Exporte und das Gesamtwachstum und die Arbeitsmarktaussichten werden weit hinter dem Potenzial zurückbleiben.

Die Situation in Gaza bleibt düster

52. Israel blockiert Gaza jetzt seit einem Jahrzehnt. Obwohl sich das Wirtschaftswachstum 2016 von einem sehr niedrigen Ausgangswert beschleunigte, ergeben die Rückmeldungen der Gesprächspartner der Mission und ihre eigenen unmittelbaren Beobachtungen sowie harte Daten von einer Reihe von Arbeitsmarktindikatoren zusammengenommen ein düsteres Bild. Nur etwa ein Viertel der Bevölkerung im Erwerbsalter von Gaza ist beschäftigt, 10 Prozentpunkte weniger als der entsprechende Anteil im Westjordanland (Übersicht 2.4). Die Gesamtarbeitslosigkeit erreichte 2016 in Gaza fast 42 Prozent und die Quote für Jugendliche überstieg 61 Prozent. Beide Werte sind etwa doppelt so hoch wie die entsprechenden Arbeitslosenquoten im Westjordanland. Der durchschnittliche arbeitslose Arbeitsuchende in Gaza bleibt 15 Monate arbeitslos, im Durchschnitt fast dreimal so

lange wie Arbeitsuchende im Westjordanland. Der Anteil der Jugendlichen in Gaza, die sich weder in Beschäftigung befinden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, beträgt fast 37 Prozent. Die Löhne in Gaza sind fast 40 Prozent niedriger als im Westjordanland und mehr als drei Viertel der Arbeitnehmer im privaten Sektor in Gaza verdienen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn.

Übersicht 2.4. Wichtige Indikatoren, Gaza und Westjordanland

	Gaza	Westjordanland
Bevölkerung über 15 Jahre	1.076.582	1.853.245
Bevölkerung von 15 bis 24 Jahren (Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter)	37,2	33,7
Erwerbsbevölkerung mit Hochschulabschluss (Prozent der Gesamtbevölkerung)	38,7	27,8
Beschäftigungsquote	27,0	37,3
Beschäftigung im öffentlichen Sektor (Prozent der Gesamtbeschäftigung)	36,4	15,4
Arbeitslosenquote	41,7	18,2
Jugendarbeitslosenquote	61,4	29,8
Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (Monate)	15,2	5,7
Anteil junger Menschen weder in Beschäftigung noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung	36,6	29,5
Durchschnittlicher Tageslohn (NIS)	61,6	98,1
Prozentsatz der Arbeitnehmer im privaten Sektor, die weniger als den Mindestlohn verdienen	76,5	19,4

Quelle: PCBS, Quarterly Labour Force Survey (2017b).

Anm.: Arbeitsmarktdaten für das Westjordanland ohne in Israel und in den Siedlungen beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer.

53. Zusätzlich zu diesen düsteren Arbeitsmarktzahlen zeugen die nachstehenden Umstände ebenfalls von einer außerordentlich bedrückenden Situation. Das einzige Kraftwerk in Gaza musste im April 2016 vorübergehend heruntergefahren werden, was zu Stromausfällen von 18 bis 20 Stunden pro Tag führte. Diese Situation verbesserte sich etwas im weiteren Verlauf von 2016 und es gab bis zu acht Stunden ununterbrochene Stromversorgung. Anfang 2017 kam es jedoch zu einer weiteren Verschlechterung, sodass die Bewohner von Gaza nur noch etwa zwei Stunden Elektrizität pro Tag haben (UNRWA, 2017b). Hinzu kommt, dass der Zugang zu Wasser für die Lebensgrundlagen von Gaza wichtig ist, mehr als 95 Prozent des aus dem Grundwasserleiter in Gaza geförderten Wassers jedoch für den menschlichen Konsum ungeeignet sind. Die Inbetriebnahme der größten Meerwasserentsalzungsanlage in Gaza im Januar 2017 dürfte nur bedingt Abhilfe schaffen, weil die Mehrheit der Bewohner von Gaza weiterhin auf teures Wasser aus Tankwagen angewiesen sein wird (OCHA, 2017a). Von den insgesamt 1,9 Millionen Menschen in Gaza sind 1,3 Millionen Flüchtlinge, von denen 960.000 von Nahrungsmittelrationen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) abhängig sind. Trotz der humanitären Hilfe leben fast 40 Prozent der Bewohner von Gaza unterhalb der Armutsgrenze. Für 262.000 Schüler gibt es lediglich 267 Schulen. Viele Kinder haben außerhalb der Schule Probleme und Schätzungen des UNRWA zufolge benötigen mindestens 30 Prozent der Flüchtlingskinder in Gaza aufgrund der traumatischen Folgen wiederholter Exposition gegenüber Gewalt und bewaffnetem Konflikt psychologische Betreuung.

54. Handel und der Zugang zu Außenmärkten bleiben äußerst wichtig für die wirtschaftlichen Aussichten von Gaza. Die israelische Politik, eine begrenzte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen dem Westjordanland und Gaza zu gestatten, wurde 2016 fortgesetzt, wenngleich das Volumen des Handelsgüterumschlags nur einen Bruchteil des Niveaus vor der Blockade von Gaza im Jahr 2007 ausmachte. Die Exporte stiegen 2016 auf 837 Lkw-Ladungen gegenüber 621 Lkw-Ladungen im Jahr 2015. Diese Gesamtmengen bleiben jedoch sehr weit hinter den 5.000 bis 15.000 Lkw-Ladungen pro Jahr zurück, die zwischen 2000 und 2007 verzeichnet wurden (OCHA, 2017b). Die Importe stiegen auf 122.600 Lkw-Ladungen, ein Anstieg gegenüber 96.100 im Jahr 2015, was weitgehend auf mehr importierte Baumaterialien über den Übergang Kerem Shalom zurückzuführen war. Dies und ein Anstieg der Zementimporte aus Ägypten über den Übergang Rafah führten zu einer beträchtlichen Preissenkung bei Zement im Lauf des Jahres 2016, was ein gutes Zeichen für anhaltendes Wachstum im Baugewerbe ist. Die Landwirtschaft und die Industriesektoren, die in den jüngsten Kriegen dezimiert wurden, bleiben durch die Blockaden und die damit einhergehenden Beschränkungen sehr stark gehemmt. Diesbezüglich bremst die Anwendung von Listen von Gütern mit „doppeltem Verwendungszweck“, die nicht nach Gaza importiert werden dürfen, sowohl die Produktion als auch eine raschere Infrastrukturentwicklung. Im Lauf der Zeit haben diese strengen Beschränkungen die Produktionskapazität des privaten Sektors in Gaza gelähmt und die Wirtschaftsstruktur grundlegend verändert. Diese Faktoren in Verbindung mit dem begrenzten Zugang von Händlern und dem Umstand, dass Arbeitnehmern der Zugang zu Arbeitsmärkten außerhalb von Gaza verwehrt wird, bleiben die wichtigsten Hindernisse für die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten.

3. Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der Besetzung

Ausbau der israelischen Siedlungen wird forciert

55. Nach 50 Jahren israelischer Besetzung bleiben der Bau und die Ausweitung von Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, ein grundlegendes Hindernis für die Verwirklichung der Rechte palästinensischer Arbeitnehmer. Die Siedlungen sind organisierte Gemeinschaften israelischer Bürger, die mit Billigung sowie direkter oder indirekter Unterstützung der israelischen Regierung auf besetztem Land errichtet wurden (OCHA, 2007). Derzeit gibt es im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, etwa 150 Siedlungen. Zusätzlich wurden ohne Billigung der Regierung etwa 100 Außenposten errichtet, die nach israelischem Recht als illegal gelten (OCHA, 2017a).

56. Die Schätzungen der Gesamtzahl der Siedler schwanken zwischen 600.000 und 750.000, wovon mehr als 200.000 in Ost-Jerusalem leben; die Quellen sind jedoch uneinheitlich. Ost-Jerusalem ausgenommen belief sich die Wachstumsrate der Zahl der Siedler im Westjordanland 2015 auf 4,1 Prozent, mehr als doppelt so hoch wie die Wachstumsrate der Bevölkerung in Israel. Im Vergleich dazu betrug das Bevölkerungswachstum der Palästinenser im Westjordanland lediglich 2,5 Prozent (B'Tselem, 2017a; PCBS, 2016). Im Gebiet C übersteigt die Zahl der Siedler die der Palästinenser.

57. Die UN haben stets die Position vertreten, dass israelische Siedlungen in dem seit 1967 besetzten Gebiet gegen das Völkerrecht verstoßen und ein Hindernis für Frieden sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung darstellen.⁸ Die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrats zu diesem Thema, 2334 (2016), verurteilt den „Bau und die Ausweitung von Siedlungen, die Überführung israelischer Siedler, die Beschlagnahme von Land, die Zerstörung von Wohnhäusern und die Vertreibung palästinensischer Zivilpersonen, unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen“. Unter Hinweis darauf, dass Israel nach dem Fahrplan des Quartetts von 2003 verpflichtet ist, jegliche Siedlungstätigkeit einzufrieren und alle seit März 2001 errichteten Siedlungsaußenposten abzubauen, bekräftigt die Resolution die Forderungen des Sicherheitsrats, dass Israel „alle Siedlungstätigkeiten in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, sofort vollständig einstellt“ (UN, 2016a).

58. Eine Reihe offizieller israelischer Initiativen im Laufe des Jahres 2016 und Anfang 2017 signalisiert jedoch, dass der weitere Ausbau der Siedlungen angestrebt wird. Die Genehmigung neuer Bauprojekte wurde 2016 fortgesetzt und beschleunigte sich in den ersten Monaten von 2017. Im Lauf des Jahres 2016 gab es 2.630 Baubeginne von Wohnraum in Siedlungen im Westjordanland, ein Anstieg um fast 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die zweithöchste Zahl von Baubeginnen seit 2001 (Peace Now, 2017a; CBS, 2017).⁹ Im Januar 2017 ergingen zwei Verlautbarungen der Regierung, um den Bau von insgesamt 5.500 Wohneinheiten in Siedlungen im Gebiet C des Westjordanlands zu signalisieren, auf die rasch die Genehmigung und Ausschreibung folgten (UN, 2017b).

59. Am 6. Februar 2017 verabschiedete die Knesset das Gesetz zur Regelung der Siedlung in Judäa und Samaria Nr. 5777-2017, auch als Regularisierungsgesetz bezeichnet. Das neue Gesetz zielt darauf ab, israelische Siedlungen im Westjordanland zu regularisie-

⁸ Die Illegalität der Siedlungen nach dem Völkerrecht wurde vom Internationalen Gerichtshof (IGH, 2004), den Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens (HVP, 2001) und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Resolution 465 (1980) und Resolution 2334 (2016)) bekräftigt.

⁹ Das einzige Jahr mit mehr Baubeginnen (2.874) war 2013.

ren, die von israelischen Bürgern „in gutem Glauben“ oder „mit der Billigung des Staates“ errichtet oder ausgebaut wurden, und die fortgesetzte Gründung und Entwicklung von Siedlungen zu ermöglichen (Knesset, 2017). Es enthält eine breit gefasste Definition von israelischen Siedlungen und sieht die Enteignung von Land in Privatbesitz vor. Es besteht Sorge, dass das neue Gesetz durch die Enteignung von 8.183 Dunums¹⁰ privaten palästinensischen Grundeigentums 3.921 Wohneinheiten rückwirkend legalisieren könnte. Im Einzelnen könnte es in der schrittweisen Legalisierung von 55 Außenposten (mit 797 Wohneinheiten) tief im Westjordanland resultieren und 3.125 Wohneinheiten auf privatem palästinensischen Grund in 72 Siedlungen regularisieren, davon 50 östlich der Sperrmauer (Peace Now, 2016). Der Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess sagte dazu, das Regularisierungsgesetz markiere „eine grundlegende Veränderung der lange eingenommenen israelischen Position in Bezug auf den Rechtsstatus des besetzten Gebiets“ (UN, 2017b). Israelische Menschenrechtsorganisationen haben beim Obersten Gerichtshof eine Eingabe gegen das Gesetz eingereicht (ACRI et al., 2017).

60. Bedenken wurden auch über den Umstand zum Ausdruck gebracht, dass im März 2017 zum ersten Mal in mehr als 25 Jahren die Gründung einer neuen Siedlung genehmigt wurde, und zwar für Bewohner des illegalen Außenpostens Amona, nachdem dieser Anfang Februar auf Anordnung des israelischen Obersten Gerichtshofs abgerissen wurde. Verschiedene nicht zusammenhängende Parzellen im Gouvernement Nablus mit einer Gesamtgröße von fast 1.000 Dunums wurden zu „staatlichem Land“ für die Gründung der neuen Siedlung erklärt und drei bereits bestehende Siedlungsaußenposten wurden legalisiert. Die Entscheidung dürfte den Zugang zu Land durch Bauern aus vier angrenzenden Dörfern beeinträchtigen und in weiteren negativen Auswirkungen auf ihre landwirtschaftlichen Existenzgrundlagen resultieren (UN, 2017b; OCHA, 2017c). Gleichzeitig kündigte der israelische Ministerpräsident neue Richtlinien für den Siedlungsbau an, die zukünftige Bautätigkeit innerhalb bestehender Siedlungsgrenzen, angrenzend an sie oder gegebenenfalls in größtmöglicher Nähe zu ihnen zulassen würden (Haaretz, 2017; Peace Now, 2017b).

Gewalt und anhaltende Vertreibung im Westjordanland

61. Wenngleich die Welle der Gewalt, die im Oktober 2015 begann, im Lauf des Jahres 2016 und Anfang 2017 nachließ, besteht nach wie vor großer Anlass zur Sorge. Im Jahr 2016 registrierte das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) die Tötung von 97 Palästinensern und 13 Israelis bei Angriffen und Zusammenstößen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, und in Israel (OCHA, 2016c). Zusätzlich wurden mehr als 3.200 Palästinenser von israelischen Truppen verletzt und nahezu 200 Israelis von Palästinensern. Zu der überwiegenden Mehrheit der Verletzungen von Palästinensern kam es bei Demonstrationen und Zusammenstößen (OCHA, 2016a; OCHA, 2017c). In den ersten drei Monaten von 2017 wurden von israelischen Truppen 13 Palästinenser getötet und 319 verletzt, auch bei Angriffen, angeblichen Angriffen, Zusammenstößen und Sicherheitsoperationen. Im gleichen Zeitraum wurden bei Angriffen von Palästinensern vier israelische Soldaten getötet und mindestens 70 andere Israelis verletzt. Dass palästinensische Kinder bei Zusammenstößen und Angriffen verletzt oder getötet werden, bleibt ein Anlass zu großer Sorge (UN, 2017b; OCHA, 2017c).

62. Für Palästinensergemeinschaften im Westjordanland besteht weiterhin die Gefahr, von Vorfällen im Zusammenhang mit Siedlern betroffen zu werden. Zu diesen zählen die

¹⁰ Ein Dunum entspricht 0,1 Hektar.

Beschimpfung und Schikanierung von Bauern, die versuchen, auf ihr Land zu gelangen, Angriffe mit der Folge von Verletzungen oder Todesfällen sowie die Beschädigung von Eigentum, insbesondere Olivenbäumen. 2016 wurden mehr als 1.500 Olivenbäume, die Palästinensern gehörten, mutwillig geschädigt oder entwurzelt. Trotz des Rückgangs der Vorfälle mit Zusammenhang mit Siedlern in den letzten Jahren, der möglicherweise auf von den israelischen Behörden ergriffene Präventivmaßnahmen zurückzuführen ist, bietet der Umstand, dass wenige Beschwerden von Bauern zu einer Untersuchung und erst recht nicht zu einer Anklage führen, weiterhin Anlass zur Sorge (OCHA, 2017a; Yesh Din, 2016). Bei Vorfällen, die von Palästinensern ausgingen, wurden auch israelische Siedler verletzt oder Schäden an ihrem Eigentum verursacht (OCHA, 2017c).

63. 2016 war die Zahl der im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, registrierten Abrisse und Vertreibungen so hoch wie nie zuvor, seit das OCHA 2009 mit der Sammlung entsprechender Daten begann. Die überwiegende Mehrheit der Gebäude wurden abgerissen oder beschlagnahmt, weil dafür keine von Israel erteilte Baugenehmigung vorlag, die fast unmöglich zu bekommen ist. Die meisten Abrisse fanden im Gebiet C statt und betrafen vor allem Hirten- und Beduinengemeinschaften. Zu den am härtesten Betroffenen zählte die Hirtengemeinschaft von Khirbet Tana (Nablus), die in einem Gebiet lebt, das als „Schießzone“ für das israelische Militär ausgewiesen wurde. 2016 wurden im Gebiet C 875 Gebäude im Besitz von Palästinensern abgerissen, in Ost-Jerusalem 190 und in den Gebieten A und B 28. Hierdurch wurden mehr als 1.600 Menschen vertrieben, etwa die Hälfte von ihnen Kinder, und die Lebensgrundlagen von mehr als 7.000 Menschen beeinträchtigt (OCHA, 2017c; OCHA, 2017d). Fast 30 Prozent der Abrisse im Jahr 2016 betrafen von Gebern finanzierte Gebäude. Ende 2016 waren mehr als 12.500 endgültige Abrissanordnungen für Gebäude im Besitz von Palästinensern ausgestellt, aber noch nicht vollstreckt. Diese Anordnungen haben kein Verfallsdatum und können jederzeit vollstreckt werden (OCHA, 2017d). Die Abrisspraxis beschleunigte sich in den ersten drei Monaten von 2017: Im Gebiet C und in Ost-Jerusalem wurden 200 Gebäude abgerissen, wodurch mehr als 400 Menschen vertrieben wurden (OCHA, 2017c). Berichten zufolge wurden auch weiterhin als Strafmaßnahme Häuser im Besitz der Familie von Personen abgerissen, die Israelis angegriffen hatten oder dessen verdächtigt wurden (HaMoked, 2017).

Negative Auswirkungen auf Land und Ressourcen

64. Wenngleich die Mehrzahl der Palästinenser im Westjordanland in den Gebieten A und B lebt, liegt fast alles Land, das für die Wirtschaft und die Lebensgrundlagen eines lebensfähigen palästinensischen Staats benötigt würde, im Gebiet C. Für die palästinensische Entwicklung steht jedoch nur 1 Prozent von Gebiet C zur Verfügung.

65. Es herrscht Besorgnis, dass der Ausbau der Siedlungen, die Infrastrukturentwicklung und die Abrisse palästinensischer Wohnhäuser und Gebäude im Gebiet C in der jüngsten Zeit die Fragmentierung des Westjordanlands beschleunigen werden (UN, 2017b). Zusätzliche Beschränkungen der Bewegungsfreiheit können den Zugang der Palästinenser zu Arbeitsplätzen und landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter erschweren und ihre Fähigkeit mindern, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. In neueren Untersuchungen des OCHA wird beispielsweise hervorgehoben, wie die De-facto-Ausweitung von Siedlungsgebieten in den Gouvernements Hebron, Ramallah und Nablus ein wichtiger Faktor für Anfälligkeit war. Der kombinierte Effekt von Gewalt und Einschüchterung im Zusammenhang mit den Siedlungen, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und dem Verlust des Zugangs zu landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie zu vormals für Bewässerung und Viehzucht genutzten Wasserressourcen und zu Freizeitgebieten wirkte sich stark negativ auf die Lebensumstände und die Ernährungssicherheit betroffener Familien aus (OCHA, 2017a).

66. Im von der Mission besuchten Gouvernement Bethlehem resultierte der Ausbau der Siedlungen auch in weiterer Flächenzerstückelung, schrumpfendem Entwicklungsraum und der Abtrennung städtischer Gebiete von ihrem ländlichen Hinterland. Palästinensische Bauern in etwa 22 Gemeinschaften im gesamten Gouvernement müssen für den Zugang zu ihrem Land, das hinter der Sperrmauer oder in der Nähe von Siedlungen liegt, Genehmigungen einholen oder im Vorfeld Absprachen treffen (OCHA, 2015). Ohne solchen Zugang werden diese Flächen vernachlässigt und die Lebensgrundlagen beschränkt.

67. In früheren Berichten des Generaldirektors wurden die diskriminierenden Auswirkungen der israelischen Planungs- und Flächennutzungspolitik auf das Westjordanland und Ost-Jerusalem beschrieben. Baumaßnahmen jeglicher Art von palästinensischer Seite im Gebiet C des Westjordanlands oder in Ost-Jerusalem – sei es zu gewerblichen, landwirtschaftlichen oder anderen Zwecken zur Einkommensgenerierung oder zur Verbesserung der Infrastruktur einschließlich Schulen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung – müssen von den israelischen Behörden genehmigt werden. In der ersten Hälfte von 2016 wurden 91 Prozent der 428 Bauanträge in palästinensischen Gemeinschaften im Gebiet C abgelehnt (OCHA, 2017d). Weil Genehmigungen selten erteilt werden, errichten manche Palästinenser ihre Häuser und anderen Gebäude weiterhin ohne Genehmigung, womit sie sich ständig der Gefahr von Abriss und möglicher Vertreibung aussetzen.

68. Die Verbesserung des Zugangs zu Wasserressourcen ist von größter Bedeutung für die Lebensgrundlagen der Palästinenser. Mehr als 70 Prozent der palästinensischen Gemeinschaften im Gebiet C sind nicht an die Wasserversorgung angeschlossen und sind deswegen mit eklatanter Wasserknappheit konfrontiert. Im Juni 2016 verringerte das staatliche israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot, das der größte Anbieter von Leitungswasser im Westjordanland ist, die an 14 palästinensische Gemeinschaften in vier Gouvernements gelieferte Wassermenge beträchtlich und steigerte damit die Abhängigkeit von 150.000 Menschen von teurem, in Lastwagen geliefertem Wasser (OCHA, 2016b). Im Januar 2017 unterzeichneten der Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) und die Palästinensische Behörde eine Vereinbarung zur Wiederbelebung des Gemeinsamen Wasserausschusses, der sechs Jahre inaktiv war und ein wichtiger Entscheidungsmechanismus für die Wasserzuteilung ist. Es ist zu früh, um das Ergebnis dieser Vereinbarung zu bewerten.

69. Viele Hirten- und Beduinengemeinschaften sind für ihren Lebensunterhalt ebenfalls auf den Zugang zu Land und Ressourcen im Gebiet C angewiesen. Die Mission kam mit Angehörigen der Beduinengemeinschaft im Dorf Az Zubeidat im Gouvernement Jericho zusammen. Die Gemeinschaft lebt von Landwirtschaft und Viehzucht als ihre primäre Einkommensquellen und leidet unter dem aufgrund von Beschränkungen limitierten Zugang zu Weideland. Für neun Wohnhäuser und 21 Gebäude im Zusammenhang mit Vieh wurden Abrissanordnungen verhängt. Zusätzlich war die Gemeinschaft von der Einziehung und Requirierung von Land und Dienstleistungen, Militäroperationen und Verhaftungen betroffen. Der Mangel an Alternativen hat Familien gezwungen, Arbeit in nahegelegenen israelischen Siedlungen anzunehmen (OCHA, 2017e). Neuerlich herrscht auch Besorgnis über die unfreiwillige Umsiedlung von Beduinengemeinschaften in dem und um das Gebiet, das die israelischen Behörden für den geplanten E1-Korridor und den Ausbau der Siedlung Ma'ale Adumim im östlichen Teil des Gouvernements Jerusalem ausgewiesen haben (OCHA, 2017a).

Ost-Jerusalem unter Druck

70. Palästinenser in Ost-Jerusalem sind weiterhin von Diskriminierung, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, unsicheren Aufenthaltsrechten und Wohnungsnot betroffen. Beispielsweise wurden 2016 nur 15 Prozent der von Palästinensern in Ost-Jerusalem

gestellten Anträge auf Erteilung einer Baugenehmigung positiv beschieden. Gleichzeitig wurde in mindestens vier Siedlungen in Ost-Jerusalem durch die Erteilung von Baugenehmigungen für mehr als 900 Wohneinheiten die Bautätigkeit ermöglicht (UN, 2017b).

71. Die Sperrmauer schneidet eine Reihe von Örtlichkeiten von der Stadt ab. Schätzungsweise 160.000 Palästinenser leben in diesen Örtlichkeiten. Sie müssen Kontrollstellen passieren, um zu ihren Arbeitsplätzen sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu gelangen. Diese Einwohner zahlen weiterhin Kommunalsteuern, aber die entsprechenden Infrastrukturbestandteile und Dienste haben sich beträchtlich verschlechtert; Wasserver- und Abwasserentsorgung halten mit dem demografischen Wachstum nicht Schritt; und die massive Nachfrage nach Wohnraum hat zu ungenehmigter Bautätigkeit und gefährlichen Baupraktiken geführt (OCHA, 2016b).

72. Die Situation für Palästinenser, die innerhalb der Altstadt leben und arbeiten, bleibt düster und ist durch regelmäßige Spannungen und Vorfälle gekennzeichnet. Ladenbesitzer sind weiterhin mit Schikanierung konfrontiert und es wird Druck auf sie ausgeübt, ihre Immobilien zu verlassen oder zu verkaufen. Andere befürchten die Ausweisung aus ihren Häusern und Läden oder deren Zerstörung, weil Siedler auf der Basis von Grundeigentumsansprüchen verstärkten Druck ausüben. Berichten zufolge schließen immer mehr Ladeninhaber ihre Geschäfte wegen aufgelaufener Schulden.

Gaza: Negative Auswirkungen der Trennung

73. Die verzweifelte humanitäre Lage in Gaza hält an. Während eine gewisse Zahl von Geschäftsleuten Genehmigungen zum Verlassen des Gebiets erhalten können, sitzen Arbeitnehmer aufgrund starker Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, zugangsbeschränkter Gebiete und begrenzter Ressourcen, die ihre grundlegenden Menschenrechte und ihre Existenzgrundlagen gravierend beschneiden, fest.

74. Anders als im Westjordanland können sie keine Arbeit in Israel suchen, weil der israelische Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus Gaza geschlossen bleibt. Nur eine Minderheit hat weiterhin Anspruch auf Ausreisegenehmigungen, die einer Sicherheitsüberprüfung unterliegen: Geschäftsleute, Patienten und ihre Begleitpersonen, Mitarbeiter internationaler Organisationen und bestimmte Einzelpersonen aus humanitären Gründen. 2016 ging die Zahl der Ausreisen von Palästinensern aus Gaza über den Übergang bei Erez gegenüber 2015, als es einen beträchtlichen Anstieg der Bewegungen gegeben hatte, um 13 Prozent zurück (OCHA, 2017d). Geschäftsleute aus Gaza waren besonders betroffen, belegt durch einen Rückgang der Grenzüberschreitungen um 20 Prozent. Nur 900 gewerbliche Genehmigungen waren verfügbar, ein Rückgang gegenüber 5.000 im Jahr 2015, was eine beträchtliche Anzahl von Unternehmern gehindert hat, außerhalb von Gaza Handel oder gewerblichen Aktivitäten nachzugehen. Die Quote für Genehmigungen des Typs „Businessman Gaza“ (BMG) wurde auf lediglich 175 reduziert.

75. Der Zugang zu Agrarland und Meeresressourcen bleibt außerordentlich stark beschränkt. Zugangsbeschränkte Gebiete entlang der Grenzen machen einen beträchtlichen Teil der Anbauflächen von Gaza aus. Gebiete, die sich über mehrere hundert Meter jenseits der Sperrzone von 300 Meter hinter der Sicherheitsumzäunung erstrecken, sind unsicher, was landwirtschaftliche Aktivitäten verhindert. Palästinensische Bauern und Fischer riskieren Verletzungen oder den Tod, wenn sie sich den zugangsbeschränkten Gebieten nähern. 2016 registrierte das OCHA acht Todesfälle und 178 Fälle von Verletzungen von Palästinensern, die durch israelische Truppen in Gaza verursacht wurden. Im selben Jahr nahm das israelische Militär Berichten zufolge 113 Fischer fest. Die De-facto-Behörden haben Berichten zufolge Fischer daran gehindert, aufs Meer hinauszufahren und

auf diese Weise ihre Lebensgrundlagen, die durch die von Israel verhängte Zugangsbeschränkung bereits stark beeinträchtigt waren, weiter beschränkt (OCHA, 2017c; B'Tselem, 2017b).

Palästinensische Arbeitnehmer in Israel: Steigende Nachfrage

76. Arbeit in Israel bleibt eine wichtige Einkommensquelle für viele Palästinenser und nimmt erneut zu. Trotz einer Anhebung der Quote für die Beschäftigung palästinensischer Arbeitnehmer für die meisten Sektoren – wodurch die Gesamtquote im März 2017 auf 81.500 stieg –, wurden jedoch nicht alle Genehmigungen genutzt. 98 Prozent der Genehmigungen werden an männliche Arbeitnehmer ausgestellt. Gleichzeitig hörte die Mission von verschiedenen Gesprächspartnern, dass eine beträchtliche Zahl palästinensischer Männer und Frauen ohne Genehmigung in Israel arbeitet. Je nach Quelle schwanken die geschätzten Zahlen zwischen 35.000 und 42.000.

77. In Israel gelten für palästinensische Arbeitnehmer das israelische Arbeitsrecht und Kollektivvereinbarungen, wenngleich deren wirksame Anwendung in der Praxis ein Anlass zur Sorge bleibt. Zu den praktischen Problemen zählen unvollständige Lohnabrechnungen und fehlende Arbeitsverträge (PNA, 2017b; Macro, 2017). Um einigen der Probleme im Zusammenhang mit Lohnabrechnungen und der Ausstellung von Genehmigungen entgegenzuwirken, auf die im Bericht des Präsidenten des israelischen Rechnungshofs 2014 eingegangen wurde, veröffentlichte die Einwohner- und Einwanderungsbehörde auf ihrer Internetpräsenz in arabischer Sprache zusätzliche Informationen für Arbeitnehmer sowie aktualisierte Muster für monatliche Lohnabrechnungen und Berichtformulare zu Genehmigungen für Arbeitgeber.

78. Arbeitgeberanträge für Genehmigungen zur Beschäftigung palästinensischer Arbeitnehmer werden bei der Abrechnungsabteilung der Einwohner- und Einwanderungsbehörde bearbeitet. Nach dem derzeitigen Genehmigungssystem darf ein palästinensischer Arbeitnehmer nur für den in der Genehmigung aufgeführten Arbeitgeber tätig sein, was eine Situation der Anfälligkeit gegenüber dem Arbeitgeber und der Abhängigkeit von ihm schafft. Eine Genehmigung zu erhalten, ist nicht automatisch gleichbedeutend mit garantiertem Zugang zur israelischen Wirtschaft, weil Genehmigungen eingezogen werden können oder die Einreise nach Israel ohne Grund oder Erklärung verweigert werden kann. Die israelischen Sicherheitsbehörden halten an ihrer Praxis fest, schwarze Listen mit den Namen palästinensischer Arbeitnehmer zu führen. Hierunter fällt auch die Praxis so genannter „administrativer Abschreckung“, was bedeutet, dass Arbeitnehmern mit einer gültigen Genehmigung an Kontrollstellen die Einreise verwehrt wird, weil sie den gleichen Familiennamen haben oder aus demselben Dorf kommen wie Personen, denen Angriffe gegen Israelis zur Last gelegt werden. Israelische nichtstaatliche Organisationen (NGOs) sind der Ansicht, dass es bei vielen in eine schwarze Liste eingetragene Arbeitnehmern für Sicherheitsbedenken in der Realität kein Anlass besteht. Wenngleich die Anfechtungsverfahren kompliziert sein können und die Zahl negativer Entscheidungen gestiegen ist, ist es einigen Arbeitnehmern gelungen, von der jeweiligen Liste gestrichen zu werden oder ihre Genehmigungen zurückzuerhalten (MachsomWatch, 2017).

79. Weil es mit so großen Schwierigkeiten verbunden ist, eine Arbeitsgenehmigung zu bekommen, sind viele Palästinenser bereit, für die Vermittlung an einen Arbeitgeber monatliche Gebühren zu zahlen, die von 1.500 NIS bis 2.500 NIS reichen können. Es wird verbreitet über Anwerbung durch nicht regulierte Vermittler berichtet und für viele palästinensische Arbeitnehmer entsteht hierdurch eine zusätzliche Ursache von Anfälligkeit gegenüber Ausbeutung und Missbrauch. Es gibt Arbeitnehmer, die die Grenze nach

Israel ohne eine Genehmigung überschreiten, wobei sie beträchtliche Risiken auf sich nehmen. Die Mission erhielt Informationen, wonach viele dieser Arbeitnehmer an Arbeitsplätzen beschäftigt sind, an denen sie keinen Schutz haben und auch keine Behandlung bei Arbeitsunfällen erhalten.

80. Der Mission wurde von ihren israelischen Gesprächspartnern mitgeteilt, dass Reformen mit dem Ziel in Arbeit sind, missbräuchlichen Praktiken von Arbeitgebern und Vermittlern zu unterbinden. Diese werden ein elektronisches Lohnüberweisungssystem und eine beträchtliche Veränderung des Genehmigungssystems für palästinensische Arbeitnehmer umfassen, die im Lauf der Zeit eingeführt werden sollen (Regierung Israels, 2016). Das neue Verfahren sollte es Arbeitnehmern ermöglichen, Arbeitgeber leichter zu wechseln; es soll im Baugewerbe im Juli 2017 in Kraft treten. Zukünftig könnte es auf andere Sektoren ausgeweitet werden. Nach dem neuen Genehmigungssystem werden palästinensische Arbeitnehmer, die Arbeitsgenehmigungen erhalten, für alle in Israel registrierten Bauunternehmer arbeiten können, die palästinensische Arbeitnehmer beschäftigen dürfen. Infolgedessen werden sie nicht an den Vertrag mit einem einzigen Arbeitgeber gebunden sein.

81. Die Bedingungen an den Übergängen bleiben unzureichend. Im Lauf der Jahre wurde dies durch eine Reihe israelischer nichtstaatlicher Organisationen und den Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund (PGFTU), die Kontrollstellen regelmäßig überwachen, gut dokumentiert. Vom Generaldirektor der IAO entsandte frühere Missionen haben die Bedingungen an den Übergängen häufig beobachtet. Palästinensische Arbeitnehmer werden an überfüllten Übergängen, an denen sie oft stundenlang Schlange stehen, nach wie vor strengen Sicherheitsprüfungen unterzogen. Arbeitnehmer sind weiterhin erniedrigender Behandlung und Schikanie ausgesetzt, Frauen auch einem erhöhten Risiko sexueller Belästigung. An manchen Übergängen werden separate Kontrollen für Frauen eingerichtet, die jedoch häufig auch nicht schneller oder sicherer sind. . Zusätzlich kann es sein, dass Arbeitnehmer weite Strecken zu und von den Kontrollstellen beziehungsweise ihren Arbeitsplätzen zurücklegen müssen. Der lange Weg zur Arbeit einschließlich der an den Übergängen verbrachten Zeit führt dazu, dass Arbeitnehmer müde am Arbeitsplatz ankommen, weniger produktiv sind und einem höheren Arbeitsunfallrisiko ausgesetzt sind.

82. Wie in Kapitel 2 erwähnt, ist der Anteil palästinensischer Arbeitnehmer im israelischen Baugewerbe recht hoch. Das Baugewerbe ist ein Industriezweig mit häufigen arbeitsbedingten Unfällen. 2016 wurden in Israel in diesem Industriezweig bei Arbeitsunfällen 48 Arbeitnehmer getötet, davon 21 Palästinenser (Macro, 2017). Die Zahl der arbeitsbedingten Verletzungen ist ebenfalls beträchtlich, wenngleich viele Verletzungen, insbesondere kleinere, nicht gemeldet werden, weil die Arbeitnehmer fürchten, ihre Stelle zu verlieren, sie ihre Rechte nicht kennen oder keine Aufenthaltsgenehmigung haben. Außerdem haben Arbeitnehmer in der Praxis Schwierigkeiten, Entschädigung zu beanspruchen und Zugang zu Gesundheitsversorgung zu erhalten (Kav LaOved, 2015; PNA, 2017b; Macro, 2017). Die Arbeitsbedingungen palästinensischer Arbeitnehmer hängen zu einem großen Teil davon ab, wie gut die israelischen Arbeitsaufsichtsbehörden das geltende Arbeitsrecht durchsetzen können. Die israelische Regierung hat sich bemüht, durch die Einrichtung zusätzlicher Vollzeitstellen bei der Arbeitsaufsicht ihr Arbeitsaufsichtssystem zu verbessern (OECD, 2015).

83. Im Baugewerbe bleibt der Gesamtarbeitsvertrag zwischen dem Verband israelischer Bauunternehmer und der dem Histadrut angeschlossenen Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter in Kraft. Der Mission wurde mitgeteilt, dass der Beschwerdeausschuss, an dessen Sitzungen sowohl der Histadrut als auch ein PGFTU-Vertreter teilnehmen können, seit April 2016 mehr als 900 Fälle bearbeitet hat, von denen die Mehrzahl palästinensische

Arbeitnehmer betraf. Die meisten Beschwerden betrafen Lohnzahlungen und Abzüge vom Lohn und 88 Prozent der Fälle wurden von dem Ausschuss beigelegt. Die Bearbeitung von Beschwerden, die unmittelbar beim PGFTU eingingen und zur Weiterverfolgung an den Histradut weitergeleitet wurde, bleibt ein offenes Problem; viele konnten nicht bearbeitet werden, weil sie außerhalb des Geltungsbereichs des Gesamtarbeitsvertrags lagen oder die notwendigen Dokumente fehlten. Der Histradut unternimmt auch Anstrengungen, um das Bewusstsein palästinensischer Arbeitnehmer für Arbeitsschutzfragen zu schärfen.

Rechte palästinensischer Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen

84. Offiziell wird von palästinensischer Seite stark davon abgeraten, Arbeit in den Siedlungen anzunehmen. Für Tausende von ihnen bleibt dies jedoch ein wichtiges Mittel, um ihre Familien zu ernähren und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die Quote für Arbeitsgenehmigungen in den Siedlungen wurde kürzlich um 2.900 erhöht und betrug damit im März 2017 insgesamt 29.795 (COGAT, 2017). Die meisten Männer arbeiten im Baugewerbe, während Arbeitnehmerinnen häufig in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsgewerbe, beispielsweise als Hausangestellte, beschäftigt werden. Daten sind schwer zu bekommen. Neuere Untersuchungen der IAO zu dem Thema lassen darauf schließen, dass Hausangestellte ungern ihre Beschäftigung preisgeben, weil die Arbeit in israelischen Siedlungen negativ konnotiert ist. Sie arbeiten häufig unter höchst unsicheren Bedingungen, werden schikaniert und ihnen kann jederzeit der Zugang zu ihrem Arbeitsplatz verwehrt werden (IAA, 2016a).

85. Im von der Mission besuchten Dorf Az Zubeidat im Jordantal finden viele Frauen Saisonarbeit in der Landwirtschaft in nahegelegenen Siedlungen. Vermittler besorgen den meisten dieser Arbeitnehmer ihre Stellen und direkter Kontakt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern findet nur selten statt. Frauen gaben an, 70 NIS für einen Sieben-Stunden-Tag zu verdienen. Berichten zufolge waren Gefahren für die Sicherheit und die Gesundheit während der Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsplatz und während der Arbeitszeit verbreitet. Es wurde auch über Kinderarbeit berichtet. Dennoch hat die Aussicht auf ein Einkommen, wie niedrig es auch sein mag, viele junge Menschen bewogen, die Schule abzubrechen, um in Siedlungen zu arbeiten.

86. Sich mit der Frage der Rechte palästinensischer Arbeitnehmer zu befassen, ist mit vielen komplexen Problemen verbunden. Informationen über die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitnehmer sind häufig anekdotenhaft oder unvollständig. Oft kennen Arbeitnehmer ihre Rechte nicht (Kav LaOved, 2016; Macro, 2017). Gemäß dem Abkommen von Oslo verfügt die Palästinensische Behörde über kein Mandat zur Untersuchung von Beschwerden in Bezug auf Siedlungen im Gebiet C. Der israelische Oberste Gerichtshof urteilte 2007, dass israelische Arbeitgeber im Westjordanland in Bezug auf alle ihre Arbeitnehmer die israelischen Arbeitsgesetze einhalten müssen. Bis heute wendet Israel nur einen kleinen Teil seiner diesbezüglichen Rechtsvorschriften einschließlich des Mindestlohns über militärische Erlasse an und die Arbeitsaufsicht wird in den Siedlungen so gut wie gar nicht ausgeübt. Gesprächspartner aus dem israelischen Ministerium für Wirtschaft und Industrie informierten die Mission, dass sich die Arbeitsaufsichtsdienste nur mit einem Verstoß befassten, der die Anwendung der Mindestlohnvorschriften auf zehn palästinensische Arbeitnehmer in einem Unternehmen in den Siedlungen betrafen. 2014 hatte die interministerielle Arbeitsgruppe eine Reihe israelischer Arbeitsgesetze ermittelt, die im Westjordanland über militärische Erlasse angewendet werden könnten; in Bezug auf diese Empfehlungen ergingen noch keine Entscheidungen (IAA, 2016b).

4. Steuerung und Aufbau von Institutionen

Aufbau von Institutionen: Ausarbeitung einer realistischen Strategie

87. Öffentliche Institutionen bilden das Fundament einer jeden Regierung. Für die Palästinensische Behörde und die palästinensische Gesellschaft ist der Aufbau dieser Institutionen ohne kurzfristige Aussichten auf einen unabhängigen Staat jedoch eine ganz besondere Herausforderung. Die Fortschritte bei der Schaffung institutioneller Kapazitäten haben sich in den letzten Jahren aufgrund sowohl externer Entwicklungen, vor allem der Auswirkungen der Besatzung und verringerter Geberbeiträge, als auch interner Faktoren wie fehlender politischer Einheit de facto verlangsamt.

88. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass die vom Kabinett der Palästinensischen Behörde im Dezember 2016 angenommene Nationale Politikagenda 2017-22 eine pragmatische und fundierte Vision vorschlug. Diese konzentriert sich auf die notwendigen konkreten Schritte zur Stärkung der palästinensischen Institutionen und zur Verbesserung der von ihnen gebotenen Leistungen. Angesichts der chronischen Behinderungen für den wirksamen Aufbau palästinensischer Institutionen und palästinensische Steuerung sollte sich die Nationale Politikagenda durch bessere politische, fiskalische und operative Umsetzbarkeit auszeichnen als frühere Pläne (PNA, 2016a).

89. Während sich die Anstrengungen in den letzten zehn Jahren auf die Etablierung des vollständigen Spektrums staatlicher Institutionen konzentriert haben, soll mit der Nationalen Politikagenda vor allem sichergestellt werden, dass die Regierung wirksam funktioniert. Sie hebt die Notwendigkeit von Rechenschaftslegung und Transparenz staatlicher Institutionen hervor, führt ein neues Leistungsmanagementsystem ein und enthält strenge Maßnahmen gegen Korruption. Ein zukünftiger Verhaltens- und Ethikkodex für den palästinensischen öffentlichen Dienst soll eine institutionelle Grundlage für ethisches Regieren bilden.

90. Einem palästinensischen Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, der mit akuten Alltagsproblemen zu kämpfen hat, mag die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als ein fernes oder sogar abstraktes Konzept erscheinen. Konkrete Fortschritte vor Ort bei der Verwirklichung der entsprechenden Ziele für nachhaltige Entwicklung sind jedoch von unmittelbarer Relevanz für die Verbesserung der palästinensischen Institutionen und Lebensgrundlagen. Es ist daher von Bedeutung, dass die Behörden wichtige Elemente der Ziele in nationale Grundsatzdokumente wie die Nationale Politikagenda und die zugehörigen Sektorstrategien aufgenommen haben.

Neues Programm für menschenwürdige Arbeit

91. Die Besatzung beschränkt die Möglichkeiten des palästinensischen Volkes, sich frei innerhalb seiner Heimatgebiete zu bewegen, Arbeit zu suchen, zwischen Wohn- und Arbeitsstätte zu pendeln, Handel zu treiben und Geschäfte abzuschließen. Diese Faktoren, die die grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Agenda für menschenwürdige Arbeit sind, beschränken die Möglichkeiten der Palästinensischen Behörde und der Sozialpartner, sie umzusetzen. Die Mission konnte sich während ihrer Besuche vor Ort selbst ein Bild davon machen, dass die Besatzung verheerende Auswirkungen auf den Alltag von Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden im Westjordanland – und erst recht in Gaza – und auf die Arbeitnehmer hat, die zur Arbeit nach Israel pendeln.

92. Das Palästinensische Programm für menschenwürdige Arbeit den Zeitraum von 2013-16 ist ausgelaufen und wurde einer unabhängigen Evaluierung unterzogen. Sie ergab, dass es von eminenter Bedeutung für den Bedarf der Mitgliedsgruppen und für nationale Entwicklungsziele war und dass es erfolgreich die meisten seiner Zielsetzungen erreichte (IAA, 2016c). Das neue Programm für menschenwürdige Arbeit für 2017-20 wurde in enger Zusammenarbeit mit der IAO entwickelt. Es stützt sich auf Prioritäten und Errungenschaften aus dem Zeitraum von 2013-16 und legt den Schwerpunkt weiterhin auf Steuerungsfragen einschließlich der Stärkung des sozialen Dialogs und der Förderung der Vereinigungsfreiheit.

Verwirklichung wirksamer Arbeitsmarktsteuerung

93. Die Strategie für den Arbeitssektor 2017-22 ist ein wichtiges Planungsdokument, das strategische Ziele für den Arbeitssektor festlegt. Dazu zählen der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Entwicklung von fachlicher und beruflicher Bildung und Ausbildung (TVET), die Stärkung von Genossenschaften, die Stärkung der institutionellen Kapazitäten des Sektors und die Reform des ihr zugrunde liegenden Rechtsrahmens. Bedeutsamerweise signalisiert sie auch die Absicht der palästinensischen Behörden zur Förderung menschenwürdiger Arbeit durch die Einrichtung eines gut entwickelten Systems der Arbeitsverwaltung, die Stärkung der Dreigliedrigkeit, die Förderung der Vereinigungsfreiheit und des sozialen Dialogs als ein Mittel für die Entwicklung und Regulierung des Arbeitssektors und die Bekämpfung der Kinderarbeit (PNA, 2017d). Diese Strategie ist das Ergebnis einer umfassenden Partnerschaft zwischen dem nationalen System der Arbeitsverwaltung und seinen zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Partnern.

94. Das palästinensische Arbeitsministerium, das in seinem Hauptgebäude in Ramallah und in 14 regionalen Arbeitsämtern in den Gouvernements etwa 900 Beamte beschäftigt, ist zuständig für wichtige Politikbereiche wie Beschäftigungsförderung, Arbeitsrecht (einschließlich seiner Durchsetzung mittels der Arbeitsaufsicht), Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen.

95. Die Reform des Arbeitsrechts betreffend die Überarbeitung von Arbeitsgesetz Nr. 7/2000 und andere Rechtsvorschriften basiert auf einem breiten Konsultationsprozess, mit dem das Ziel verfolgt wurde, Konsens zwischen allen beteiligten Parteien herzustellen. Das Arbeitsministerium und die Sozialpartner sind entschlossen, die Reform 2017 voranzubringen. Um zentrale Punkte der Reform wie Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Arbeitsaufsicht zu klären, wurde eine Reihe dreigliedriger Fachausschüsse gebildet. Mit Unterstützung der IAO finden auch fortlaufende Diskussionen und Konsultationen zwischen wichtigen Akteuren zum Gewerkschaftsgesetz statt. Damit wird das Ziel verfolgt, den Gesetzentwurf voll und ganz in Einklang mit einschlägigen internationalen Arbeitsnormen zu bringen. Außerdem wird erwartet, dass sich der Nationale Lohnausschuss nach mehreren Anträgen von Gewerkschaften mit der Überprüfung der Höhe des Mindestlohns befassen wird, der seit 2012 bei 1.450 NIS (375 US-Dollar) liegt.

96. Der Rechtsrahmen garantiert nicht per se, dass die Arbeitnehmerrechte in der Praxis geachtet werden: Wirksame Arbeitsaufsichtsdienste und unbehinderter Zugang zur Justiz sind notwendig, um die Einhaltung des Rechts sicherzustellen. Die palästinensischen Arbeitsaufsichtsdienste haben seit 2012 Fortschritte gemacht. Damals hatte eine Überprüfung durch die IAO ergeben, dass es beträchtlichen Raum für Verbesserungen in Bereichen wie Politikentwicklung, Koordinierung, Planung, Managementverfahren, Ausbildung und Transport gab. Vor allem wurde 2016 die Zahl der Arbeitsaufsichtsbeamten von 42 auf 57 erhöht, wozu die IAO entsprechende Unterstützung beim Kapazitätsaufbau leistete.

97. Zusätzlich zu den Investitionen in die Personalentwicklung wurden Anstrengungen unternommen, das Informationssystem für Arbeitsaufsichtsstatistiken sowie die Sammlung und Speicherung von Daten zu Arbeitsunfällen zu modernisieren und zu verbessern. Idealerweise sollte das neue Informationssystem in das Arbeitsmarktinformationssystem des Arbeitsministeriums integriert werden. 2016 wurde auch eine neue Prüfliste für die Arbeitsaufsicht entwickelt und erprobt. Das Kabinett nahm 2016 eine neue nationale Arbeitsschutzpolitik und ein entsprechendes Programm an, bislang jedoch noch ohne finanzielle Festlegungen.

98. Die Investitionen in die institutionellen Kapazitäten des Ministeriums ermöglichten die Durchführung von mehr Prüfungen. 2016 belief sich ihre Zahl auf 6.530, was bedeutete, dass 5,6 Prozent der Unternehmen geprüft wurden. Im Vergleich dazu wurden 2015 5.180 und 2014 4.727 Prüfungen durchgeführt. Insgesamt wurden 682 Arbeitsunfälle registriert, davon 15 tödliche; vor allem im Baugewerbe. Im Folgeprozess wurde in mehr als 6.500 Fällen gegen Unternehmen vorgegangen, die Verstöße begangen hatten (PNA, 2016b).

99. Weil es keine spezialisierten Arbeitsgerichte gibt und angesichts des Umstands, dass sich die Arbeitsbeziehungen Berichten zufolge verschlechtern, haben die palästinensischen Behörden der außergerichtlichen Beilegung sowohl individueller als auch kollektiver Arbeitskonflikte Vorrang eingeräumt (PNA, 2017c). 2016 behandelte die Abteilung für Arbeitsbeziehungen des Arbeitsministeriums 970 individuelle Beschwerden, von denen 371 beigelegt und 264 an die Zivilgerichte verwiesen wurden. Auf Antrag einer der Konfliktparteien behandelte die Abteilung auch 45 Fälle von Unternehmensumstrukturierungen und 25 kollektive Arbeitskonflikte einschließlich vier Streiks.

Potenzial des sozialen Dialogs nicht ausgeschöpft

100. Der soziale Dialog ist wichtig für den Aufbau effektiver und effizienter palästinensischer Institutionen; seine institutionellen Grundlagen sind solide, den meisten Gesprächspartnern zufolge könnte er derzeit zu diesem Zweck jedoch wirkungsvoller genutzt werden.

101. In den letzten Jahren förderte eine Reihe ständiger oder ad hoc gebildeter dreigliedriger Ausschüsse einen partizipatorischen Ansatz zu Gesetzes- oder Politikänderungen, auch in den Bereichen Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Löhne, Behinderung, Beschäftigung und Rechte von Frauen sowie soziale Sicherheit. Die Palästinensische Behörde hielt in diesen Prozessen an der Praxis der Dreigliedrigkeit fest, auch bei der Annahme der Nationalen Politikagenda, der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Annahme des ersten Gesetzes über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Die Sozialpartner brachten allerdings ihre Besorgnis über die Zusammensetzung der Ausschüsse und den Grad der Beteiligung der Sozialpartner zum Ausdruck.

102. Das Jahr 2016 war durch Störungen des dreigliedrigen Prozesses aufgrund einer Reihe von Disputen zwischen der Palästinensischen Behörde und dem PGFTU gekennzeichnet, die für den größten Teil des Jahres den Zugriff der PGFTU auf ihre Finanzmittel verhinderten. Infolgedessen wurden Sitzungen des wichtigsten dreigliedrigen Organs, des Ausschusses für Arbeitspolitik, ausgesetzt. Der Streit wurde im Dezember 2016 weitgehend beigelegt; ein Beleg für Fortschritte sind Sitzungen des dreigliedrigen Verwaltungsrats der Institution für soziale Sicherheit und anderer dreigliedriger Fachorgane in der jüngsten Zeit.

103. Wenngleich produktive Dreigliedrigkeit vor allem vom Willen der beteiligten Parteien abhängt, werden die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern auch durch die

Struktur der palästinensischen Wirtschaft behindert, in der Klein- und Kleinstunternehmen vorherrschen und ein hoher Anteil der Erwerbsbevölkerung befristete und saisonale Stellen innehat. Kollektivverhandlungen finden sich daher häufiger in weniger fragmentierten Sektoren wie Telekommunikation, öffentlicher Dienst und Lebensmittelindustrie. Nach Auskunft des PGFTU wurden in den letzten vier Jahren mehr als 400 Kollektivvereinbarungen geschlossen (PGFTU, 2016). Insgesamt hatten die Gewerkschaften 2015 mehr als 236.000 Mitglieder (etwa 190.000 Männer und 46.600 Frauen). Die Gewerkschaftsdichte ist in den Sektoren Gesundheit, Sozialdienste, Bildung und öffentliche Verwaltung relativ hoch, im privaten Sektor dagegen wesentlich niedriger (PCBS, 2015).

Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

104. Unter Berücksichtigung der Veränderungen der Größe und der Struktur der Bevölkerung, die für das Besetzte palästinensische Gebiet erwartet werden, wurde in einem Bericht des Nationalen Bevölkerungsausschusses des Büro des Ministerpräsidenten und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) prognostiziert, dass die Zahl der Arbeitsplätze, die jedes Jahr geschaffen werden müssen, um die Personen aufzunehmen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, von derzeit 58.000 auf 72.000 im Zeitraum von 2030-35 steigen wird. Demgegenüber steht ein Anstieg der Beschäftigung um lediglich 18.000 von 2015 zu 2016. Zusätzlich dazu werden die vielen Arbeitslosen aufgenommen werden müssen (PNA und UNFPA, 2016c). Dies bedeutet eine riesige Herausforderung in den Bereichen Schaffung von Arbeitsplätzen und Qualifizierung.

105. Selbst die bestqualifizierten Arbeitnehmer – und insbesondere Frauen – haben Schwierigkeiten, ihren Qualifikationen entsprechende Stellen zu finden. Um dem entgegenzuwirken, haben das Arbeitsministerium sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände alle ihre Entschlossenheit bekräftigt, die TVET zu reformieren. In der Nationalen Politikagenda wird hervorgehoben, dass die TVET und die höhere Bildung an den Arbeitsmarktbedarf und Entwicklungszielsetzungen angepasst und die Infrastruktur sowie die Einrichtungen für die TVET modernisiert und erweitert werden sollen. Hierzu ist es notwendig, die Lehrpläne zu modernisieren, die Digitalisierung zu integrieren und die Standards insgesamt anzuheben (PNA, 2016a).

106. Das Arbeitsministerium hat gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und höhere Bildung Maßnahmen ergriffen, um die TVET-Steuerung zu verbessern. Dazu zählt die Reaktivierung des Höheren Rats für fachliche und berufliche Bildung und Ausbildung, der durch einen Exekutivrat und das Entwicklungszentrum unterstützt werden soll. Letzteres soll ein Gesetz über TVET und einen Umsetzungsplan für die kommenden Jahre ausarbeiten (PNA, 2017e).

107. In der Nationalen Politikagenda wird anerkannt, dass dringend Lösungen für die Beschäftigungskrise gefunden werden müssen. Sie priorisiert daher die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies umfasst die Ausweitung des Palästinensischen Fonds für Beschäftigung und Sozialschutz (PFESP), die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentlich-private Partnerschaften und die Entwicklung von Beschäftigungsförderungsprogrammen für Hochschulabgänger. Gleichzeitig soll ein sicheres Arbeitsumfeld gewährleistet werden.

108. Der PFESP wird als zentrales Instrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen wiederbelebt. Er wird vor allem Unterstützungsdienste für Unternehmertum einschließlich Kleinkrediten bieten und sich mit Hilfe von Subventionen und zinsvergünstigten Darlehen an junge Hochschulabgänger, Frauen, Unterprivilegierte und Arbeitslose sowie Genossenschaften wenden (PFESP, ohne Datum). Es sollte darauf hingewiesen werden, dass diese

Fokussierung auf Unternehmensentwicklungsleistungen im Vergleich zum ursprünglichen Mandat des PFESP, das auch Politikentwicklung, -koordinierung und -überwachung umfasste, eine gewisse Beschränkung darstellt.

109. Der Arbeitsminister informierte die Mission über sein Ziel, 1 Milliarde US-Dollar zu mobilisieren, um etwa 70.000 Kredite zur Unterstützung des Unternehmertums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vergeben zu können. Ein erster Beitrag in Höhe von 20 Millionen Euro sei von der italienischen Regierung in der Form eines Kredits eingegangen.

Fortschritte bei der Ausweitung des sozialen Schutzes

110. Im letzten Jahr wurden wichtige Schritte zur Ausweitung der Deckung durch den sozialen Schutz unternommen. Im März 2016 wurde das erste je ausgearbeitete Gesetz über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und ihre Familienangehörigen angenommen. Aufgrund von Bedenken, die von Vertretern der Zivilgesellschaft vorgebracht wurden, erfuhr es in der Folgezeit noch Änderungen. Das endgültige Gesetz wurde dann am 29. September 2016 von Präsident Mahmoud Abbas unterzeichnet. Es sieht festgelegte Leistungen im Alter, bei Invalidität und Tod sowie bei Arbeitsunfällen vor. Es umfasst auch eine Mutterschutzversicherung, womit das Ziel verfolgt wird, Arbeitgeber zu ermuntern, mehr Frauen einzustellen und auf diese Weise zum Anstieg der Frauenerwerbsquote beizutragen (UN, 2016b). Das neue Gesetz über soziale Sicherheit erfordert den Aufbau einer Institution für soziale Sicherheit zur Verwaltung der im Gesetz vorgesehenen Sozialversicherungsprogramme. Dieser ist derzeit im Gange und es ist geplant, die ersten Beiträge im Januar 2018 einzuziehen. Bis 2025 soll das neue System 300.000 Arbeitnehmer abdecken.

111. Die neue Institution für soziale Sicherheit wird auf einem soliden fachlichen und analytischen Fundament errichtet werden. Ihre Einrichtung stützt sich auf eine Reihe versicherungsmathematischer und rechtlicher Studien, die von der IAO durchgeführt wurden, und auf einen umfassenden IAO-Bericht, der Orientierung für die Investitionspolitik des Systems der sozialen Sicherheit bietet. Um das Wissen über die Leistungen und Pflichten zu verbessern, die sich aus dem neuen Gesetz ergeben, plant die Palästinensische Behörde jetzt eine nationale Informationskampagne. Für den Aufbau der Institution für soziale Sicherheit wird weitere internationaler Unterstützung erforderlich sein. Ein erster finanzieller Beitrag hierzu wurde von der Regierung von Katar zugesagt. Weitere Unterstützung ist dringend notwendig, um die Finanzierungslücke zu schließen und der Institution zu helfen, ihre ersten Schritte auf dem Weg zu operativer Tragfähigkeit zurückzulegen.

112. Zusätzlich entwickelt die Palästinensische Behörde in Abstimmung mit der IAO und anderen UN-Organisationen nationale soziale Basisschutzniveaus und führt eine Studie durch, um den finanzpolitischen Spielraum für ihre schrittweise Einführung zu ermitteln. Außerdem führt sie eine umfassende Bewertung, eine Analyse der Defizite und eine Verwaltungsstudie zu bestehenden Bargeldtransferprogrammen durch.

Verbesserung der Teilhabe von Frauen: Ein weiter Weg zu gehen

113. Von den nachteiligen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sind Frauen ganz besonders betroffen – ein Phänomen, das die Mission übereinstimmend im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, und in Gaza beobachtete. Trotz der hohen Bildungs-

abschlüsse ist die Erwerbsquote von Frauen sowohl im globalen als auch im regionalen Vergleich außerordentlich niedrig (IAA, 2016d). Frauen werden oft schlecht bezahlt und haben prekäre Stellen inne, auf denen sie verschiedenen Gesundheitsgefahren ausgesetzt sind und sie arbeiten verbreitet ohne adäquaten Rechtsschutz. Sie haben häufig keinen Arbeitsvertrag, kennen ihre Rechte nicht und leiden unter schlechter Durchsetzung geltender Rechtsvorschriften in Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Dienstleistungssektor (Birzeit Universität, 2016).

114. Die Palästinensische Behörde hat Kenntnis von dieser Situation. In der Strategie für den Arbeitssektor 2017-22 wird hervorgehoben, wie wichtig es ist, ein förderliches Umfeld für die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu schaffen, und ein Schwerpunkt der Nationalen Politikagenda ist die Rolle, die Frauen im palästinensischen öffentlichen Dienst spielen sollen. Sie fordert den Abbau aller Hindernisse für die Anwerbung und Beförderung sowie verbesserten Zugang von Frauen zu Führungspositionen und wichtigen Entscheidungsgremien. Während die Gesamtvertretung von Frauen im palästinensischen öffentlichen Dienst mit 45 Prozent recht hoch ist, besetzen Frauen nur relativ wenige Führungspositionen (12 Prozent) (PNA, 2016a). Anfang 2017 wurde eine neue Strategie für den Genossenschaftssektor mit einem besonderen Schwerpunkt auf Frauen angenommen.

115. Seit 2010 hat der Nationale Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen (NCWR), der auch für die Koordinierung und Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zuständig war, das Arbeitsministerium in Gleichstellungsfragen beraten und unterstützt. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Arbeitsminister und seine Generalversammlung setzt sich aus Sozialpartnern, verschiedenen staatlichen Stellen und NGOs zusammen; mehrere UN-Organisationen haben Beobachterstatus (NCWE, ohne Datum). Im Anschluss an die Veröffentlichung einer Broschüre über die Rechte von Frauen am Arbeitsplatz startete der NCWE Anfang 2016 mit Unterstützung der IAO eine Kampagne zur Verbesserung der Stellung palästinensischer Arbeitnehmerinnen. Der PGFTU schloss sich der Kampagne an und führte eine Reihe thematischer Workshops durch. Der NCWE arbeitete auch Positionspapiere aus, um sicherzustellen, dass die Rechte und Anliegen von Arbeitnehmerinnen bei der Reform des Arbeitsrechts berücksichtigt werden.

116. Eine neuere Studie der IAO zu Hausangestellten im Westjordanland ergab, dass es sich bei den Beschäftigten überwiegend um Frauen handelt, die von unzureichenden Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen sind. Fast keine der befragten Hausangestellten besaß einen schriftlichen Arbeitsvertrag mit ihren Arbeitgebern. Sie hatten weder Krankheitsurlaub noch Ruhetage oder Ferien und selten Krankenversicherung, obwohl ihre Arbeit häufig gefährliche Tätigkeiten umfasste und körperlich anstrengend war. Wenige waren sich ihrer Rechte bewusst. Dabei hatte der Arbeitsminister 2013 die Richtlinie Nr. 2 erlassen, um Hausangestellten Rechtsschutz zu bieten und die Rechtslücken in gewissem Maße anzugehen (IAA, 2016e).

Gaza: Steuerungsdefizite

117. Etwa 48 Prozent des Budgets der Palästinensischen Behörde wird für Gaza verwendet, die Steuerung des dortigen Arbeitsmarkts kann aber bestenfalls als hintergründig bezeichnet werden. Die Steuerung von Arbeitnehmerangelegenheiten in Gaza wird durch die Kontrolle erschwert, die die De-facto-Behörden in dem Gebiet ausüben. Frühere öffentlich Bedienstete der Palästinensischen Behörde stehen noch immer auf ihrer Gehaltsliste, obwohl sie nicht länger im aktiven Dienst sind. Jegliche institutionelle Verbesserung wird sich mit dieser Frage der doppelten Stellenbesetzung befassen müssen, die eines der praktischen Probleme bei der Herbeiführung der palästinensischen Einheit ist.

Auch wenn das palästinensische Arbeitsrecht gilt, werden die Mindestlohnvorschriften anscheinend allgemein nicht angewendet. Arbeitnehmer haben auch nur beschränkt Zugang zur Justiz. Beispielsweise haben die örtlichen Behörden Arbeitnehmer daran gehindert, aus Arbeitskonflikten herrührende Ansprüche geltend zu machen, die mehr als ein Jahr alt sind.

118. Der soziale Dialog in Gaza bleibt schwach. Den Sozialpartnern vor Ort zufolge ist er auf gelegentliche Aktivitäten beschränkt, die von internationalen Organisationen organisiert werden. Streitbeilegung findet jedoch auf der zweigliedrigen Ebene statt. Vor dem Hintergrund der düsteren Gesamtsituation, mit der sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber konfrontiert sind, bringen sie Solidarität zum Ausdruck. Die Vereinigungsfreiheit wird durch die restriktiven Bestimmungen zu Gewerkschaften beeinträchtigt, die die De-facto-Behörden 2013 erlassen haben. Dies wurde von den PGFTU-Vertretern, mit denen die Mission in Gaza zusammenkam, heftig kritisiert. Allgemein werden Gewerkschaftsaktivitäten auch durch die Reisebeschränkungen und die gravierende Mittelknappheit gehemmt; Kontakte zu Gewerkschaftsvertretern im Westjordanland können selten von Angesicht zu Angesicht wahrgenommen werden.

119. Unter diesen prekären Umständen bleibt das UNRWA eine zentrale Säule in der Wirtschaft – mit fast 12.500 Mitarbeitern – und der wichtigste Arbeitgeber, der regelmäßige Gehälter zahlt. Abgesehen von seiner Rolle im Arbeitsmarkt ist das Hilfswerk auch ein wichtiger Erbringer von Bildungs- und Gesundheitsleistungen für insgesamt fast 1 Million Empfänger. Örtlichen Unternehmern zufolge ist die von Gebern finanzierte Beschäftigung in Projekten unter den derzeitigen Umständen von größter Bedeutung. Allerdings würden durch sie nicht genügend stabile und dauerhafte Arbeitsmöglichkeiten entstehen. Zusammengefasst vertraten die Sozialpartner und nichtstaatlichen Organisationen, mit denen die Mission in Gaza zusammentraf, weiterhin die Auffassung, dass Hoffnungen für Gaza nur durch die Versöhnung zwischen den palästinensischen politischen Splittergruppen und die neuerliche Öffnung der Grenzen von Gaza Realität werden können.

5. Neuausrichtung im besetzten syrischen Golan

120. Der besetzte syrische Golan wurde 1967 zusammen mit dem Westjordanland und Gaza besetzt und vor 36 Jahren annektiert. Er ist jetzt vollständig von seinem Mutterland abgeschnitten. Bis zum Syrien-Konflikt hatte eine Reihe von Verbindungen mit der Arabischen Republik Syrien bestanden. Diese betrafen u.a. Handel, insbesondere mit Äpfeln, dem wichtigsten Exportprodukt, und Bildung, die für eine beträchtliche Zahl syrischer Bürger kostenlos an der Universität Damaskus angeboten wurde. Seit 2013 bestehen beide Möglichkeiten nicht mehr.

121. Es werden jedoch Versuche unternommen, die vollständige Eingliederung des besetzten syrischen Golan in den israelischen Staat zu fördern. Israelische Siedlungsaktivitäten nehmen zu. Es gibt sechsmal so viele israelische Siedlungen wie syrische Dörfer. Ungefähr 21.000 israelische Siedler sind über etwa 32 Siedlungen verteilt, während 25.000 Syrer auf fünf Ortschaften konzentriert sind, von denen Majdal Shams die größte ist (CBS, 2016).

122. Die Arbeitsmarktsituation der syrischen Bürger ist schwer einzuschätzen, weil einschlägige Daten zur Erwerbsbevölkerung nicht ohne Weiteres verfügbar sind. Die Landwirtschaft bildet das traditionelle Rückgrat der Beschäftigung der syrischen Bürger im besetzten Gebiet; sie hat sich jedoch rasch verändert. Weil der Apfelverkauf in die Arabische Republik Syrien nicht länger möglich ist, sind sie jetzt vollständig vom israelischen Markt abhängig. Während die Produktion 2016 stieg, waren die Verkaufszahlen rückläufig. In Israel sind die Marktpreise für Äpfel niedrig und decken die Produktionskosten der syrischen Bauern nur zu etwa 60 Prozent. Außerdem scheint es Pläne zu geben, den israelischen Markt für Apfelimporte aus anderen Ländern zu öffnen, was die Verkaufspreise wohl weiter unter Druck setzen würde. Deshalb wird der Apfelanbau zunehmend unrentabel. Infolgedessen gehen syrische Bauern zu Kulturen mit höherer Wertschöpfung über und haben etwa 200.000 Kirschbäume gepflanzt, um entwurzelte Apfelbäume zu ersetzen. Sie gehen auch zunehmend anderen Aktivitäten nach.

123. Bei der Produktion von sowohl Äpfeln als auch Kirschen gibt es starken Wettbewerbsdruck durch die israelischen Siedler, die aufgrund kapitalintensiverer Anbaumethoden und vorteilhafter Bedingungen in Bezug auf Wasserversorgung und Preissetzung häufig höhere Erträge bei niedrigeren Kosten erzielen. Der Zugang zur Wasserversorgung, der für landwirtschaftliche Aktivitäten auf dem besetzten syrischen Golan unentbehrlich ist, ist für syrische Bauern beschränkt, weil Israel die Anlage neuer Brunnen verboten hat. Die Hälfte des für die Landwirtschaft benötigten Wassers muss deshalb vom israelischen Wasserunternehmen gekauft werden. Siedler hatten bislang subventionierten Zugang zu dieser Ressource und zahlten nur etwa ein Drittel von dem, was syrische Bauern für Wasser ausgeben müssen. Der Mission wurde jedoch die Erwartung mitgeteilt, dass diese diskriminierende Praxis in diesem Jahr beendet würde. Dies könnte den syrischen Bauern sehr nutzen, weil die Ausgaben für Wasser 40 bis 50 Prozent ihrer Produktionskosten ausmachen.

124. Landwirtschaft wird jetzt häufig mit anderen Tätigkeiten wie Arbeit als Lehrer oder Vermietung von Touristenunterkünften kombiniert und wird immer mehr zum Nebenberuf. Wenige Syrer würden sie jedoch gänzlich aufgeben, weil Berichten zufolge das Risiko besteht, dass nicht bestelltes syrisches Land von den Behörden konfisziert wird.

125. Beschränkter Zugang zu Baugenehmigungen, die mit hohen Kosten und komplizierten Verfahren verbunden sind, stellt ein wichtiges Hindernis für syrische Bürger dar, die vom wachsenden Tourismussektor profitieren möchten. Manche Bauern sollen ohne die

notwendige Genehmigung Ferienhäuser auf Agrarland errichtet haben, womit sie allerdings deren Abriss durch die Behörden riskieren. Im September 2016 wurde in Majdal Shams erstmals ein Haus abgerissen.

126. Die syrischen Bürger des besetzten Golan sind Berichten zufolge auch zunehmend im Fertigungssektor und im Baugewerbe tätig. Dies nutzt der Wirtschaft der fünf syrischen Dörfer jedoch anscheinend wenig, weil die meisten Arbeitnehmer in Städte oder Dörfer in Israel pendeln oder in den Siedlungen arbeiten.

127. Aus dem Vorherstehenden ist abzulesen, dass der besetzte syrische Golan jetzt zunehmend in Israel eingliedert wird und die Verbindungen zur Arabischen Republik Syrien abreißen. Viele junge Syrer aus dem annektierten Gebiet studieren in Israel oder arbeiten für und mit Israelis. Im Gegensatz zum Westjordanland gibt es wenige offene Konflikte zwischen Arabern und israelischen Siedlern. Die Diskriminierung und Benachteiligung der syrischen Bürger halten jedoch an und die Aussichten auf ein Ende der Besatzung und Annexion scheinen ferner denn je.

Abschließende Bemerkungen

128. Der Friedensprozess hat seit einiger Zeit keine neuen Initiativen hervorgebracht und die Kontakte zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde bleiben auf dem Mindestniveau, das erforderlich ist, um die angespannte Koexistenz zumindest aufrechtzuerhalten und eine menschliche Katastrophe zu vermeiden. Neue Wege und Richtungen und die zugehörigen Karten werden benötigt, um substanzielle Verhandlungen in einen neuen Kontext zu stellen. Weder ein Stillstand noch eine Umkehr entlang derselben Route ist auf längere Sicht eine haltbare Option. Das Ziel von zwei Staaten, die in Frieden nebeneinander leben, muss neuerlich bekräftigt werden.

129. Die Hoffnung kann nur wiederaufleben, wenn neue substanzielle Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern geführt werden und die zentralen Akteure der internationalen Gemeinschaft wieder beginnen, diese nachdrücklich zu unterstützen. Die Menschen müssen das Gefühl gewinnen, dass die Besatzung und die Siedlungsaktivität, die die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in den besetzten arabischen Gebieten lähmen, irgendwann enden wird. Nur dann können soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit neu aufblühen.

130. Im Westjordanland, einschließlich Ost-Jeruselems, herrscht eine soziale Krise. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem alarmierend hohen Niveau und die Chancen für junge Menschen, sich einen der so sehr begehrten ersten Arbeitsplätze zu sichern, sind verschwindend gering. Frauen zählen zu den am stärksten Benachteiligten und ihre Erwerbsbeteiligung ist beklagenswert niedrig.

131. Gaza droht eine desolante Situation der Verarmung und des Eingeschlossenseins. Es gibt wenige Arbeitsplätze und viele wirtschaftliche und soziale Indikatoren verschlechtern sich weiter. Humanitäre Hilfe hält die meisten seiner Bewohner über Wasser, aber es lässt sich nur schwer einschätzen, wie lange solches Elend anhalten kann oder welche Reaktionen es auslösen wird.

132. Die politische Spaltung der palästinensischen politischen Landschaft ist besserer Steuerung nicht zuträglich. Auch wenn die Besatzung wenig Handlungsspielraum lässt, muss die Staatenbildung weitergehen. Sie ist unabdingbar für die Stärkung der palästinensischen Position. Zum einen gibt es ermutigende Zeichen, dass Lücken im Staatsgefüge jetzt geschlossen werden, beispielsweise durch die neue Institution für soziale Sicherheit. Zum anderen gibt es aber auch Hinweise auf beträchtliche Steuerungsdefizite. Die internationale Gemeinschaft muss weiterhin kontinuierliche fachliche und finanzielle Unterstützung leisten.

133. Mehr als 100.000 Palästinenser arbeiten in Israel und den Siedlungen. Das Entgelt ist attraktiv, aber die Bedingungen sind es nicht, insbesondere was den Zugang betrifft. Es gibt erniedrigende Vorfälle bei den täglichen Übergängen und Vermittler auf beiden Seiten profitieren unverhältnismäßig. Dies ist ein Bereich, in dem Zusammenarbeit zwischen den Parteien rasche und signifikante Verbesserungen herbeiführen könnte. Israel leitet jetzt Reformen ein, um die Macht der Vermittler zu beschneiden, und man kann nur hoffen, dass dies die Rechte und die Bedingungen für palästinensische Arbeitnehmer verbessern wird. Die missbräuchlichen Praktiken von Vermittlern zu regulieren sowie den Zugang und die Bedingungen zu verbessern, ist notwendig. Gleichzeitig muss jedoch anerkannt werden, dass Arbeit in Israel nicht die Lösung für palästinensische Arbeitsmarktprobleme sein kann.

134. Derweil verbleiben dem besetzten syrischen Golan nur wenige Optionen. Abgeschnitten von der Arabischen Republik Syrien und mittlerweile auch physisch vom Mutterland getrennt wird das Gebiet immer stärker in den israelischen Staat eingegliedert. Die Landwirtschaft, die stets das Rückgrat der Beschäftigung bildete, wird als Haupteinkommensquelle in Frage gestellt. Der Arbeitsmarkt befindet sich im Übergang und somit gilt dies auch für das Leben der syrischen Bürger, die im besetzten syrischen Golan leben und arbeiten.

Quellennachweis

- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2007. *The Humanitarian Impact on Palestinians of Israeli Settlements and Other Infrastructure in the West Bank*, Juli.
- . 2015. *Bethlehem Governorate: Fragmentation and Humanitarian Concerns*, Jan.
- . 2016a. *Record number of demolitions in 2016; casualty toll declines: 2016 trends affecting the humanitarian situation in the Occupied Palestinian Territory*, 29. Dez.
- . 2016b. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Juli.
- . 2017a. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Febr.
- . 2017b. *Gaza Crossings Operations Status: Monthly update*, Febr.
- . 2017c. *Protection of Civilians*, 21. März - 3. Apr.
- . 2017d. *Humanitarian Bulletin: Monthly Report*, Jan.
- . 2017e. *Az Zubeidat Village, Jericho Governorate*, 28. März.
- Association for Civil Rights in Israel (ACRI), Peace Now und Yesh Din. 2017. „Petition the High Court against the Expropriation Law“, 5. März.
- Birzeit Universität. 2016. Grundsatzpapier, „Towards a Decent Work Environment to Overcome the Challenges, Bitterness and Reality of Palestinian Women Working in Agriculture & Small Services“, Okt.
- B’Tselem – Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten. 2017a. *Statistics on Settlements and Settler Populations*, 2. Apr.
- . 2017b. *Israel destroying Gaza’s fishing sector*, 29. Jan.
- Büro des Quartetts (OQ). 2016. *Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee*, 19. Sept.
- Haaretz*. 2017. „Netanyahu Announces Policy of Restrained Settlement Construction in ‘Show of Good Will’ to Trump“, 31. März.
- HaMoked. 2017. *Punitive Home Demolition – Timeline*.
- Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). 2016. *Occupied Palestinian Territory: Emergency Appeal 2017*.
- . 2017a. *Gaza Situation Report 177*, 19. Jan.
- . 2017b. *Gaza Situation Report 179*, 5. Febr.
- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. „Legal consequences of the construction of a wall in the Occupied Palestinian Territory“ in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Gutachten, 9. Juli.

- Internationaler Währungsfonds (IWF) 2016. *West Bank and Gaza – Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Brüssel, 26. Aug.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2016a. *A first look at Palestine’s domestic workers and how to better protect them* (erscheint demnächst), Domestic Work Policy Brief, Dez.
- . 2016b. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors, Beilage, Internationale Arbeitskonferenz, 105. Tagung, Genf, 2016.
- . 2016c. *Review of the Palestinian Decent Work Programme, 2013–2016: Evaluation Report*.
- . 2016d. *Effects of gender inequality in employment and pay in Jordan, Lebanon and the Occupied Palestinian Territory: Three Questions Answered*, Z. Tzannatos, Aug.
- . 2016e. *Assessment of the Domestic Work Sector in West Bank Governorates*, Key Findings Report, ausgearbeitet von A.S. Madi, Berater der IAO.
- Kav LaOved – Worker’s Hotline. 2015. *Violations of the Right to Medical Care for Palestinian Workers Employed in Israel*.
- . 2016. *Position paper on the Government decision to promote economic cooperation by granting work permits to Palestinians (Decision 1236, March 8 2016)*, 4. Apr.
- Knesset. 2017. Law for the Regulation of Settlement in Judea and Samaria, 5777-2017, 6. Febr. Übersetzung in die englische Sprache durch die Kongressbibliothek des Kongresses der Vereinigten Staaten, zugänglich unter: <https://www.loc.gov/law/help/israel-settlement/judea-and-samaria.php#Translation>.
- Konferenz der Hohen Vertragsparteien des Fünften Genfer Abkommens (HVP). 2001. *Declaration*, 5. Dez.
- Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel, 2017. Präsentation vor der IAO-Delegation, März.
- MachsomWatch. 2017. „Invisible Prisoners“, 12. Jan.
- Macro Center for Political Economics (Macro). 2017. *The Working Conditions of Palestinian Wage Earners in Israel*, Febr.
- Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung der Frau (NCWE). Undatiert. *Palestine*.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). 2015. *Second Progress Report on the Implementation of the OECD Recommendations: Labour Market and Social Policies, Israel*, Aug.
- Palästinensische Nationalbehörde (PNA). 2016a. *National Policy Agenda 2017-2022: Putting Citizens First*, Dez.
- . 2016b. *Annual Report 2016*. Arbeitsministerium, Generaldirektion für Aufsicht und Arbeitsschutz.
- . und Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). 2016c. *Palestine 2030 – Demographic Change: Opportunities for Development, Summary Report*, Dez.
- . 2017a. *Fiscal Developments & Macroeconomic Performance – Full Year Report 2016*, Ministerium für Finanzen, Jan.
- . 2017b. *Report on the effects of Israeli settlements on the conditions of employers and labourers*, Jan.

- 2017c. *Labour Sector Strategy 2017-2022: Path to Decent Work and Eliminating Unemployment*.
- 2017d. *2016 Annual Report of Collective Conflicts Department*. Arbeitsministerium, Generaldirektion für Arbeitsbeziehungen, 22. Jan.
- 2017e. Arbeitsministerium, Facharbeitsgruppe für TVET und Beschäftigung. *Minutes of the 3rd Meeting of the Technical Working Group for TVET and Employment*, 25. Jan.
- Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU). 2016. *Report of the General Secretary presented to the Fifth Conference*, 16. Apr.
- Palästinensischer Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz (PFESP). Undatiert. *More Employment, Brighter Future*.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2015. *Labour Force Survey*.
- 2016. *Statistical Yearbook*.
- 2017a. *Preliminary estimates of quarterly national accounts (Fourth quarter 2016)*, Pressebericht, März und verschiedene Jahre.
- 2017b. *Labour Force Survey (October-December, 2016) Round*, Pressebericht, 13. Febr. und verschiedene Jahre.
- Peace Now. 2016. *The Grand Land Robbery: Another Step toward Annexation – 55 Outposts and 4,000 structures to be legalized through the Regulation Law*, Settlement Watch, Nov.
- 2017a. *40% Increase in Construction Starts in West Bank Settlements in 2016*. 22. März.
- 2017b. *The New Declared Settlement Policy – Not a Restraint at all*, 31. März.
- Regierung Israels. 2016. *Increasing the employment of Palestinian workers in Israel from West Bank, improving the manner of issuing work permits, and ensuring fair employment conditions for Palestinian workers*. Kabinettsbeschluss Nr. 2174, 18. Dez.
- Vereinte Nationen (UN). 1980. Resolution 465 (1980), angenommen durch den Sicherheitsrat auf seiner 2203. Tagung, Dokument S/RES/465 (1980), 1. März.
- 2016a. Resolution 2334 (2016), angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 7853. Tagung, Dokument S/RES/2334 (2016), 23. Dez.
- 2016b. *Situation of and assistance to Palestinian women: Report of the Secretary-General*, E/CN.6//2017/6, 19. Dez.
- 2017a. *Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan: Report of the Secretary-General*, A/HRC/34/39, 16. März.
- 2017b. Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO). *Briefing to the Security Council on the situation in the Middle East*, 24. März.
- Weltbank. 2016. *Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 19. Sept.
- Yesh Din. 2016. *Disruptions to the olive harvest in the West Bank*, Nov.
- Zentralamt für Statistik (CBS). 2016. *Statistical Abstract of Israel 2016*.
- 2017. *Monthly Bulletin of Statistics*, Tabelle Nr. 4: Dwellings, by stage of construction and district, Apr.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Arbeitsministerium

Mamoun Abu Shahla, Arbeitsminister

Abdel Kareem Daraghme, Stellvertretender Assistent für sozialen Dialog

Yousef Al Turk, Stellvertretender Assistent für Kooperation, Politik und administrative Entwicklungsangelegenheiten

Samer Salameh, Stellvertretender Assistent für technische Angelegenheiten

Bilal Thawabeh, Generaldirektor, Arbeitsbeziehungen

Rami Mehdawi, Generaldirektor, Beschäftigung

Ali Al Sawi, Generaldirektor, Aufsicht und Arbeitnehmerschutz

Buthaina Salem, Generaldirektorin, Rechtsabteilung

Nazeh Irman, Generaldirektor, Genossenschaften

Iman Assaf, Leiterin, Gleichstellungsabteilung

Hani Shanti, Leiter, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Medien

Außenministerium

Omar Awadallah, Multilaterale Beziehungen, Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen

Majed Bamy, Direktor, Abteilung für internationale Verträge

Akram Sakka, Leiter, Offizielle Besuche

Finanz- und Planungsministerium

Abdel Jabbar Salem, Generaldirektor, Gehaltsabrechnung

Yazan Abu Ajamieh, Volkswirt, Makrofiskalabteilung

Mohammed Harasheh, Hauptabteilung Finanzsysteme

Fahed Al Sheikh, Generaldirektion für Internationale Beziehungen und Hauptabteilung Projekte

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Minister, Präsident des PECDAR, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und Gouverneur der Islamischen Entwicklungsbank für Palästina

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Ola Awad-Shakhshir, Ministerin, Präsidentin des PCBS, Präsidentin der Internationalen Vereinigung für amtliche Statistiken (IAOS)

Suha Kanaan, Direktorin, Arbeitsstatistiken

Faed Rayyan, Direktor, Hauptabteilung Staats- und Finanzstatistiken

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Shehadah Deeb Hussein, Stellvertretender Gouverneur

Mohammad Atallah, Direktor, Hauptabteilung Forschung und Währungspolitik

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Saeb Erekat, Leiter des Exekutivkomitees der PLO, Chefunterhändler der Palästinenser und Mitglied des Zentralkomitees der Fatah

Nabeel Shaath, Berater des Präsidenten für auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und Mitglied des Exekutivkomitees der PLO

Hanan Ashrawi, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen

Abeer Al Barghouti, Direktorin der Abteilung Revision und Wirtschaftsprüfung, Arbeitsministerium

Amal Shehadeh, Gleichstellungsabteilung, Wirtschaftsministerium

Nariman Awad, Generaldirektorin der Gleichstellungsabteilung, Informationsministerium

Mageda Salsa'a, Mitglied des Verwaltungsrats des FPCCIA, Handelskammer Bethlehem

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Außenbeziehungen, Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Khitam Saafin, Mitglied des Generalsekretariats, Allgemeine Union Palästinensischer Frauen

Ayshe Hmouda, Leiterin der Gleichstellungsabteilung, Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund

Randa Abed Rabbo, Direktorin des Bunds der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Fedaa Mukhemmer, Administratorin des Managementinformationssystems, Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Rawan Obaid, Leiterin, Lobbyarbeit und Anwaltschaft, Frauenzentrum für Rechtshilfe und -beratung

Naela Odeh, Außendienst-Ausbilderin, Palästinensische Entwicklungsgesellschaft für arbeitende Frauen

Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und andere Organisationen der Zivilgesellschaft

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Iman Abu Salah, Mitglied des Exekutivkomitees, Leiterin der Gleichstellungsabteilung

Saeed Zbeidi, Mitglied des Exekutivkomitees, Leiter von Paltel Union (Palästinensische Telekommunikationsgesellschaft)

Mustafa Hanani, Mitglied des Exekutivkomitees, Leiter der Abteilung Arbeitsschutz

Ibrahim Daraghme, Mitglied des Exekutivkomitees, Leiter der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft

Manawell Abdelall, Mitglied des Generalsekretariats, Präsident der Elektrizitätsgewerkschaft

Ibrahim Thweib, Mitglied des Generalsekretariats, Präsident der Allgemeinen Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie

Suheil Saliba Khader, Mitglied des Generalsekretariats, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen

Amal Al Fityani, Mitglied des Exekutivkomitees, Leiterin der Abteilung Soziale Dienste

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Mohammad Sa'adi Hillis, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft

Yahya Abu El Atta, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft für das öffentliche Transportwesen

Tariq Al Hindi, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und Fischerei

Wael Khalaf, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Bashir Al-Sesi, Mitglied des Generalsekretariats, Präsident der Allgemeinen Gewerkschaft für öffentliche Dienste

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Khalil Rizq, Vorsitzender des Verwaltungsrats des FPCCIA, Präsident der Kammer von Ramallah

Jamal Jawabreh, Generalsekretär

Ali Muhanna, Direktor der Hauptabteilung Planung und KMUs

Nazih Merdawi, Direktor der Informationsabteilung

Akram Hijazi, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Riyad Aweidah, Volkswirt

Kammer von Süd-Hebron

Jalal Makharza, Vorstandsvorsitzender

Kammer von Nablus

Husam Abdelrahman Hijjawi, Vizepräsident, Mitglied des Verwaltungsrats des FPCCIA

Kammer von Jericho

Tayser Hmeidi, Vorstandsvorsitzender

Kammer von Salfit

Iyad Abu Zayed, Vorstandsvorsitzender

Kammer von Qalqilya

Hasan Shraim, Stellvertretender Vorsitzender

Kammer von Gaza

Walid Al Hosary, Präsident der Kammer von Gaza und Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats des FPCCIA

Bader Sabra, Vizepräsident

Kammer von Khan Younis

Loai Alaqqad, Schatzmeister

Kammer von Nord-Gaza

Abdel Aziz Mogat, Stellvertretender Vorsitzender

Imad Al Ghoul, Generaldirektor

Vereinigung der Banken in Palästina, Ramallah

Nabil Abu Diab, Generaldirektor

Palästinensisches IKT-Gründerzentrum (PICTI), Ramallah

Wala' Samara, Programmmanagerin

Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade)

Hanan Taha-Rayyan, Geschäftsführerin

Palästinensischer Verband der Informationstechnologie-
unternehmen (PITA), Ramallah

Ibrahim Al Deisi, Direktor

Palästinensische Föderation der Unternehmerverbände, Ramallah

Majed Ma'ali, Generalbevollmächtigter

Palästinensischer Industrieverband, Ramallah

Odeh Shehadeh, Generalsekretär

Palästinensische Entwicklungs- und Investmentgesellschaft (PADICO)

Samir Hulileh, Geschäftsführer

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium
Internationaler Angelegenheiten (PASSIA), Jerusalem

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor

Tahseen Elayyan, Leiter der Hauptabteilung Monitoring und Dokumentation

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Ammar Dwaik, Generaldirektor

Al-Mezan Menschenrechtszentrum, Gaza

Issam Younis, Generaldirektor

PalThink for Strategic Studies, Gaza

Omar Shaban, Gründer und Direktor

Zentrum Arbeitnehmerressourcen, Gaza

Fayez Al Emary, Vorsitzender

Zentrum Rechtsforschung und Rechtsberatung für Frauen, Gaza

Zeinab El Ghunaimi, Direktorin

Vereinigung für Kultur und freies Denken, Gaza

Mariam Zakoot, Generaldirektorin

Zentrum für Frauenfragen, Gaza

Amal Syam, Direktorin

Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände, Gaza

Ebtesam Salem, Vorsitzende

Allgemeine Gewerkschaft palästinensischer Frauen, Gaza

Amal Hamed, Präsidentin

Vor-Ort-Besuch – Az Zubeidat

Hanin Zbeidat, Bildungsberaterin

Lina Zbeidat, Vorsitzende der Wohlfahrtseinrichtung für Frauen von Az Zubeidat

Amera Zbeidat, Studentin

Amin Zbeidat, Student

Subhiya Zbeidat, Ladenbesitzerin

Vor-Ort-Besuch – Bait Dschala

Samia Zeit, Sprecherin der Stadtverwaltung von Bait Dschala

Gris Abu Muhur, Schulleiterin der Amerikanischen Schule in Bait Dschala

Vor-Ort-Besuch – Altstadt von Jerusalem

Ziad Al Hammouri, Generaldirektor, Jerusalemer Zentrum für soziale und wirtschaftliche Rechte

Israelische Institutionen**Regierung Israels und andere öffentliche Institutionen****Wirtschaftsministerium**

Avner Amrani, Leitender Forschungsdirektor, Abteilung Arbeitsbeziehungen

Shlomo Ytzhaki, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Außenministerium

Beth-Eden Kite, Ministerin

Zvi Tal, Direktor, Hauptabteilung Internationale Organisationen, Sonderorganisationen und globale Angelegenheiten

Amir Weissbrod, Leiter des Büros Naher Osten, Zentrum für Politikforschung

Alon Bar, Stellvertretender Generaldirektor für die Vereinten Nationen und Internationale Organisationen

**Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT),
Verteidigungsministerium**

Oberst Hatib Mansour, Leiter, Hauptabteilung Zivilkoordination

Major Adam Avidan, Stellvertretender Leiter, Wirtschaftsabteilung

Einwohner- und Einwanderungsbehörde, Innenministerium

Shoshana Strauss, Leitende Stellvertreterin des Rechtsberaters

Bank of Israel (BOI)

Haggay Etkes, Volkswirt und Leiter der BOI-Aktivitäten gegenüber der Palästinensischen Behörde

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sowie andere Organisationen der Zivilgesellschaft

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Israelischer Unternehmerverband

Uri Rubin, Vorsitzender, Arbeitsausschuss

Isaac Gurvich, Direktor, Personal und Arbeitsbeziehungen im Baugewerbe, Verband israelischer Bauunternehmer

Dan Catarivas, Direktor, Abteilung für Außenhandel und Internationale Beziehungen

Uri Geva, Leiter, Wirtschaften

Kav LaOved – Workers' Hotline

Ala Khatib, Geschäftsführer

Machsomwatch – Frauen gegen die Besatzung und für Menschenrechte

Sylvia Piterman, Ehrenamtliche

Vor-Ort-Besuch – Baustellen, Raanana

Abdel Salam Kashou, Bauunternehmer, A.K. Kashou Brothers Ltd.

Fadel Badarna, Sekretär für palästinensische Arbeitnehmer, Histadrut

Natan Rahamin, Regionaler Arbeitsrat für die Region Hasharon, Histadrut

Nader Nassasreh, Polier

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess

Robert Piper, Stellvertretender UN-Sonderkoordinator und Residierender/Humanitärer UN-Koordinator

Shubhra Bhattacharjee, Referentin für Planung, Überwachung und Evaluierung

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

Sheri Retsima-Anderson, Stellvertretende Leiterin des Büros

Hamada Bayari, Kommissarischer Leiter des Büros, Gaza

Yehezkel Lein, Leiter der Forschungs- und Analyseabteilung

Diana Anani, Analytistin für humanitäre Angelegenheiten – Leiterin der Außendienstkoordinierungsstelle Süd

Israa Muzaffar, Analytistin für humanitäre Angelegenheiten

Mazen Abu Said, Sektion Anwaltschaft und Kommunikation

Khaled Zuhaikeh, Beauftragter für humanitäre Angelegenheiten

Ayman Ibrahim, Beauftragter für humanitäre Angelegenheiten

Atwa Jaber, Außendienstunterstützungsassistent, National UN Volunteer

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Scott Anderson, Direktor für UNRWA-Operationen, Westjordanland

Bo Schack, Direktor für UNRWA-Operationen, Gaza

Michael Schoiswohl, Leitender Referent für Rechtsfragen, Hauptabteilung Rechtsangelegenheiten

Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte Besetztes palästinensisches Gebiet (OHCHR)

James Heenan, Leiter des Büros

Jane Anttila, Stellvertretende Leiterin des Büros

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Ciro Fiorillo, Leiter des Büros

Hauptabteilung Sicherheit der Vereinten Nationen (UNDSS), Israel, Westjordanland und Gaza

Henrique Eduardo Lopes Dias, Verantwortlicher für die Sicherheitskoordinierung im Außendienst, Westjordanland

Yusuke Kudo, Leitender Analyst für Sicherheitsinformationen

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Wafa Al Kafarna, Projektanalystin, Gaza

Internationaler Währungsfonds, Westjordanland und Gaza

Ragnar Gudmundsson, Residierender Vertreter für das Westjordanland und Gaza

Besetzter syrischer Golan

Taisseer Maray, Generaldirektor der Organisation Golan – Für die Entwicklung der arabischen Dörfer und der Vereinigung Al Maghariq

Fawzi Abu Jabal, Verwaltungsrat, Golan – Für die Entwicklung der arabischen Dörfer

Hayel Abu Jabal, Landwirt

Fawzi Abu Saleh, Landwirt

Mounir Abu Saleh, Landwirt

Ahmad Khater, Techniker, Arbeitnehmer

Sonstige Zusammenkünfte

Arabische Arbeitsorganisation

Fayez Al-Mutairi, Generaldirektor

Mohamed Shareef Dawood, Bevollmächtigter Minister

Liga der arabischen Staaten

Said Abu Ali, Stellvertretender Generalsekretär, Bereich Palästina und besetzte arabische Gebiete

Mohammed Fathi Shaqoura, Verantwortlicher für die Sektion Entwicklung und Wiederaufbau Palästinas, soziale Angelegenheiten und palästinensische offizielle Institutionen, Bereich Palästina und besetzte arabische Gebiete